

# Deutsches Institut für Bankwirtschaft

## Schriftenreihe

### Band 6

## Deutsche Konjunkturpolitik in der Finanzkrise – Entwicklung von Effizienzkriterien zur Beurteilung und Analyse der Wirksamkeit

von  
Marian Welk

herausgegeben von Henrik Schütt

#### Abstract der Arbeit

Die Geschichte zeigt, dass jedem Wirtschaftsaufschwung auch ein Abschwung folgt. Als jedoch im Jahr 2008 durch die ersten Auswirkungen der Finanzkrise die deutsche Wirtschaft einzubrechen begann, drohte ein Wirtschaftsabschwung von historischem Ausmaß. Hierdurch begründet verabschiedete die Bundesregierung zwei umfangreiche konjunkturpolitische Maßnahmenpakete. In dieser Arbeit wird diese antizyklische Konjunkturpolitik auf ihre Wirksamkeit untersucht. Als Bewertungsgrundlage wird zunächst ein Anforderungsprofil an eine effektive Konjunkturpolitik erstellt. Anschließend werden die einzelnen Bestandteile der Konjunkturpakete aufgezeigt und nach der durch die Bundesregierung beabsichtigten Wirkung gegliedert. Abschließend wird auf Basis der selbstentwickelten Effizienzkriterien mittels eines eigenen Ratingsystems die Bewertung durchgeführt.

#### Zitation:

Welk, Marian (2011):  
Deutsche Konjunkturpolitik in der Finanzkrise - Entwicklung von Effizienzkriterien zur Beurteilung und Analyse der Wirksamkeit  
In: Deutsches Institut für Bankwirtschaft – Schriftenreihe, Band 6 (02/2011)  
ISSN 1869-635X erhältlich unter:  
<http://www.deutsches-institut-bankwirtschaft.de/schriftenreihe.html>

## **Inhaltsverzeichnis**

Abkürzungsverzeichnis: .....	III
1 Einleitung .....	1
2 Ermittlung des Anforderungsprofils an eine effektive Konjunkturpolitik .....	2
2.1 Wieso betreibt der deutsche Staat Konjunkturpolitik? .....	2
2.2 Wie muss eine effektive Konjunkturpolitik aufgebaut sein? .....	3
3 Welche Maßnahmen beinhalten die beschlossenen Konjunkturpakete? .....	13
3.1 Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen .....	13
3.2 Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger .....	15
3.3 Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen .....	16
3.4 Förderung von Investition, Innovation und Nachfrage in der Wirtschaft.....	17
3.4.1 Investitionen der öffentlichen Hand.....	18
3.4.2 Investitionen von Unternehmen .....	19
3.4.3 Investitionen von Bürgerinnen und Bürgern.....	20
3.5 Weitere Maßnahmen der Bundesregierung.....	21
4 Bewertung der Konjunkturpakete anhand der ermittelten Effizienzkriterien .....	23
4.1 Konjunkturpolitik muss schnell wirken .....	23
4.2 Effektive Konjunkturpolitik besteht aus einem ausgewogenen Maßnahmenportfolio.....	29
4.3 Konjunkturpolitik braucht ein angemessenes Volumen .....	31
4.4 Die beschlossenen Konjunkturmaßnahmen müssen reversibel sein .....	33
4.5 Gesamtbewertung.....	36
5 Was haben die Konjunkturpakete bis heute bewirkt? .....	38
5.1 Ifo-Geschäftsklimaindex .....	38
5.2 Bruttoinlandsprodukt .....	41
5.3 Arbeitslosenquote.....	43
6 Fazit.....	45
Literaturverzeichnis .....	47
Internetverzeichnis .....	50

**Abkürzungsverzeichnis:**

ANGA	- Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber e.V.
BIP	- Bruttoinlandsprodukt
BMWi	- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
EU	- Europäische Union
IW	- Institut der deutschen Wirtschaft
IWF	- Internationale Währungsfonds
KfW	- Kreditanstalt für Wiederaufbau
OECD	- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
StabG	- Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft i.d.F. der Bek. vom 08.06.1967
StBA	- Statistisches Bundesamt
USA	- United States of America
VDSL	- Very High Speed Digital Subscriber Line
WeGebAU	- Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen
ZIM	- Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand

## **1 Einleitung**

Als zu Beginn des Jahres 2000 die durch die Medien publizierte „Dotcom-Blase“ platzte, befand sich die Wirtschaft der USA in einem Abschwung. Aus Angst vor einer Deflation reagierte die amerikanische Notenbank hierauf mit einer lang anhaltenden Niedrigzinspolitik. Die gleichzeitig expansiv betriebene Kreditpolitik der Hypothekenbanken führte dann zu einem kontinuierlichen Anstieg der Hausmarktpreise. Durchaus politisch motiviert konnten sich in dieser Phase auch Bürger mit unzureichender Bonität, die sogenannten „Subprime-Bürger“, ihren Wunsch vom Eigenheim erfüllen. Nachdem die amerikanische Notenbank aus Sorge vor der steigenden Inflation die Leitzinsen wieder erhöhte und sich der Immobilienmarkt Infolge des Überangebots zugleich im Abschwung befand, vermehrten sich Anfang 2007 die Kreditausfälle. Kurze Zeit später befand sich die USA in einer Immobilienkrise. Diese US-Immobilienkrise war der Auslöser für die dann folgende Banken- und Wirtschaftskrise, die auch als globale Finanzkrise bezeichnet wird.<sup>1</sup>

Um die Auswirkungen auf Deutschland abzuschwächen, hat die Bundesregierung zwei Maßnahmenpakete verabschiedet. Am 5. November 2008 beschloss sie das Konjunkturpaket I mit dem Schwerpunkt Förderung von Investitionen und Aufträgen von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen über 120 Milliarden Euro. Am 14. Januar 2009 folgte das Konjunkturpaket II mit dem Schwerpunkt Förderung von Beschäftigung und Stabilität über 50 Milliarden Euro.<sup>2</sup>

Diese konjunkturpolitischen Maßnahmen sind Gegenstand dieser Arbeit. Es wird der Frage nachgegangen, ob es sich hierbei um eine angemessene Konjunkturpolitik zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft oder um reinen Aktionismus, also um unreflektierte Handlungen zur Vertuschung von politischer Überforderung, handelt.

Im Folgenden wird zunächst ein Anforderungsprofil an eine effektive Konjunkturpolitik in einer Finanzkrise erstellt. Hierfür werden eigene Effizienzkriterien entwickelt, deren Einhaltung einen bestmöglichen Stabilisierungserfolg für die deutsche Wirtschaft verspricht. Anschließend werden die Maßnahmen der Konjunkturpakete nach der beabsichtigten Wirkung gegliedert vorgestellt. Hierbei werden alle relevanten Informationen wie Volumen, Geltungszeitraum und Nutzungsvoraussetzungen einzeln aufgeführt. Nachfolgend findet ein Abgleich der Maßnahmen mit den zuvor ermittelten Effizienzkriterien statt. Hierbei werden die Konjunkturpakete mittels eines Ratingsystem bewertet. Ab-

---

<sup>1</sup> Vgl. Franke/Lähn (2009), S. 42 f.

<sup>2</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - a), 1.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

schließlich werden die Wirkungen der Konjunkturpakete auf die deutsche Wirtschaft untersucht. Hierfür wird die Entwicklung ausgewählter Konjunkturindikatoren vom Beginn der Finanzkrise bis zum Jahresende 2010 analysiert.

## **2 Ermittlung des Anforderungsprofils an eine effektive Konjunkturpolitik**

Im folgenden Abschnitt soll geklärt werden, warum der Staat als Reaktion auf die Finanzkrise die Konjunkturpakete verabschiedet hat. Anschließend werden Kriterien für eine effektive Konjunkturpolitik erarbeitet. Im Fokus hierbei steht eine schnellstmögliche Stabilisierung der Wirtschaft.

### **2.1 Wieso betreibt der deutsche Staat Konjunkturpolitik?**

Die Begründer der politischen Konjunkturtheorie Nordhaus und McRae gehen davon aus, dass Politiker das Ziel verfolgen, wiedergewählt zu werden. Sie sehen Politiker als Wirtschaftssubjekte, die Eigennutzenmaximierer sind. Nach ihrer Theorie ist das Ziel der Regierung die Stimmenmehrheit zum Zeitpunkt der nächsten Wahl. Somit besitzen Einflussgrößen wie Arbeitslosigkeit, Wachstum oder außenwirtschaftliches Gleichgewicht nur einen geringen Einfluss auf den persönlichen Nutzen von Politikern.<sup>3</sup>

Jedoch kommt es in Volkswirtschaften immer wieder zu konjunkturellen Schwankungen, die auch zu politischer Instabilität führen können. Daher ist es sowohl im Sinne der Regierenden, als auch im Sinne der Regierten solche gesamtwirtschaftlichen Störungen auszugleichen. Folglich greift der Staat mit den Mitteln der Geld- und Fiskalpolitik zur Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens durch. Konjunkturpolitiken sollen eine funktionierende Marktwirtschaft auch in Krisenzeiten gewährleisten.<sup>4</sup>

Die verfolgten wirtschaftspolitischen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland finden sich im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft („Stabilitätsgesetz“) vom 8. Juni 1967 wieder. In diesem werden Bund und Länder verpflichtet bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. So sollen im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsgrad und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem Wirtschaftswachstum verfolgt werden.<sup>5</sup> Diese Zielbestimmung im „Stabilitätsgesetz“ wird bisweilen als das wirtschaftspolitische

---

<sup>3</sup> Vgl. Sieg (2000), S. 4.

<sup>4</sup> Vgl. Bofinger/Mayer (2009), S. 114.

<sup>5</sup> Vgl. StabG (1967), § 1.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. Es ist bis heute unverändert gültig.<sup>6</sup>

Die wirtschaftspolitischen Ziele werden jedoch nicht um ihrer selbst willen angestrebt, sondern sie dienen der Erreichung grundlegender Gesellschaftsziele wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand.<sup>7</sup> Nach wie vor wird unter Ökonomen kontrovers diskutiert, wie intensiv der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte, um diese Gesellschaftsziele optimal zu erreichen.<sup>8</sup>

Doch spätestens als kurz vor Ostern 2008 Josef Ackermann, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank AG, für das Eingreifen des Staates in die Finanzkrise plädierte, sollte jedem der Ernst der Lage klar geworden sein. Es bedarf einer echten Notlage, wenn die führende Persönlichkeit des größten Kreditinstituts Deutschlands einräumt, dass allein der freie Markt und der freie Kapitalverkehr nicht länger adäquate Mittel zur Lösung der Finanzkrise anbieten. Es wäre absurd während dieser Finanzkrise weiterhin das Wirken des freien Marktes dem Staatshandeln gegenüberzustellen.<sup>9</sup>

## **2.2 Wie muss eine effektive Konjunkturpolitik aufgebaut sein?**

Konjunkturmaßnahmen können bei einer konjunkturellen Störung sehr effizient sein, jedoch hängt die tatsächliche Leistungsfähigkeit einer solchen Konjunkturpolitik ganz entscheidend von der konkreten Ausgestaltung der eingesetzten Instrumente ab. Deshalb wird im Folgenden der Frage nachgegangen, welche Effizienzkriterien an die einzelnen fiskalpolitischen Maßnahmen anzusetzen wären, damit eine Stabilisierung der Konjunktur schnellstmöglich erreicht wird.

Auf Grund der Aktualität und fehlender einheitlicher Standards finden sich in der Literatur viele Experten, die sich mit diesem Thema beschäftigen und fast genauso viele unterschiedliche Meinungen, wie solche Effizienzkriterien denn zu definieren wären. Häufig wird im Kampf gegen die Wirtschaftskrise von einer modernen keynesianischen Politik gesprochen. Hierzu hat der Internationale Währungsfonds (IWF) unter der Führung seines Chefökonomens Olivier Blanchard<sup>10</sup> in einem Arbeitspapier seine Sicht einer idealen Fiskalpolitik beschrieben. Demnach sollte sie groß und vielschichtig angelegt sein, um international abgestimmt eine schnelle Wirkung zu erzielen. Zudem müsste sie nachhaltig und

---

<sup>6</sup> Vgl. Wagner (2008), S. 1.

<sup>7</sup> Vgl. Müller/Röck (1993), S. 57.

<sup>8</sup> Vgl. Bofinger/Mayer (2009), S. 112.

<sup>9</sup> Vgl. Zeise (2009), S. 18 f.

<sup>10</sup> Olivier Blanchard ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Massachusetts Institute of Technology. Seit September 2008 ist Blanchard Chefökonom des Internationalen Währungsfonds.

bei Bedarf noch ausbaufähig sein.<sup>11</sup> Ähnliche Schlagwörter sind bei den Formulierungen von Lawrence Summers<sup>12</sup> zu finden. Der Wirtschaftsberater des US-Präsidenten Barack Obama hat in Mitten der Finanzkrise eine wirtschaftliche Anschubhilfe gefordert, die schnell, bedeutend und nachhaltig ist. Als nachhaltig hat er hierbei einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren definiert.<sup>13</sup>

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Ende 2008 bei einem Treffen mit Frankreichs Präsident Sarkozy einen gemeinsamen Beitrag zur Lösung der Finanzkrise veröffentlicht. Darin fordern beide, dass alles getan werden muss, um die europäischen Volkswirtschaften in dieser außergewöhnlichen Lage zu stützen. Des weitern sind sie sich darüber einig, dass die hierfür beschlossenen Maßnahmen wirksam, reversibel und zielgerichtet sein müssen, um eine optimale Wirkung zu erzielen. Mit der Erfüllung dieser drei Kriterien erhoffen sie sich den Wirkungsgrad automatischer Stabilisatoren<sup>14</sup> zu übertreffen. Zudem hat Angela Merkel dazu aufgerufen, dass die Mitgliedsstaaten ihre nationalen Programme ohne langwierige Verfahren verwirklichen, da für ein Konjunkturpaket letztlich Schnelligkeit entscheidend ist. Ferner fordert sie, dass die beschlossenen Maßnahmen im Einklang mit dem Lissabon-Prozess<sup>15</sup> und dem gemeinsamen Ziel eines gesunden Staatshaushaltes stehen sollten.<sup>16</sup>

Schnell wirkende Konjunkturpakete sind jedoch nicht nach Ansicht aller Wirtschaftsexperten die beste Lösung, um die Konjunktur zu stabilisieren. Für Rudolf Minsch, den Chefökonom des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse<sup>17</sup>, hat beispielsweise auch in Krisenzeiten die langfristig orientierte Wirtschaftspolitik Priorität. Nur sekundär könnten staatliche Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungsprogramme in einer Rezession zur Konjunkturstabilisierung beitragen. Diese sollten gründlich vorbereitet und gut überlegt

---

<sup>11</sup> Vgl. Müller (2009), S. 9.

<sup>12</sup> Lawrence Summers ist Professor für Wirtschaftswissenschaften. Er war von 1991 bis 1993 Chefökonom der Weltbank und von 1999 bis 2001 US-Finanzminister. 2008 wurde er als nationaler Wirtschaftsberater in die Regierung des US-Präsidenten Barack Obama berufen.

<sup>13</sup> Vgl. Riecke (2008), S. 8.

<sup>14</sup> Automatische Stabilisatoren sind durch zyklische Schwankungen bedingte Änderungen in den Staatseinnahmen und – ausgaben, die ohne aktive Staatseingriffe auftreten. Sie sorgen dafür, dass die Haushalte immer etwa gleichviel konsumfähige Einnahmen erhalten, wodurch ihr Nutzen maximiert wird. Beispiele sind eine progressive Einkommenssteuer oder staatliche Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit.

<sup>15</sup> Der Lissabon-Prozess ist ein im März 2000 verabschiedetes Programm der europäischen Staats- und Regierungschefs mit dem Ziel die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

<sup>16</sup> Vgl. Die Bundesregierung (2008), 9. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>17</sup> Economiesuisse ist die größte Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft. Ihr gehören über 30.000 Unternehmen mit insgesamt 1,5 Mio. Beschäftigten an.

werden. Die konjunkturelle Wirkung macht er davon abhängig, ob die Maßnahmen zeitgerecht, zielorientiert und zeitlich befristet sind.<sup>18</sup>

Neben der Menge der rein konjunkturellen Effizienzkriterien taucht auch die Forderung auf, dass unerwünschte Nebenwirkungen durch die fiskalpolitischen Maßnahmen auf die übrigen wirtschaftspolitischen Ziele vermieden werden müssen. Hierbei wird insbesondere die Sicherung der Ziele Verteilungsgerechtigkeit, Versorgung mit öffentlichen Gütern und Umweltqualität genannt.<sup>19</sup> Was die Vielzahl der unterschiedlichen Definition an eine optimale Fiskalpolitik in einer Finanzkrise verdeutlicht ist, dass es keine eindeutigen, einheitlichen Kriterien gibt. Da dieses insbesondere im Rahmen einer internationalen Abstimmung zu Problemen führen kann, wäre hier ein einheitliches Verständnis auf Basis von möglichst objektiven Effizienzkriterien hilfreich. Zumindest auf nationaler Ebene wird dieser Frage nachgegangen. Auch vor dem Hintergrund, dass durch die öffentlichen Diskussionen zu den Konjunkturpaketen der Bundesregierung eine große Unkenntnis von Anzahl und Umfang vergangener Fiskalmaßnahmen bei Medien, Politik und Ökonomen offenbart wurde, hat die Hans-Böckler-Stiftung<sup>20</sup> eine Untersuchung der konjunkturpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung im Zeitraum 1967 bis 2007 aufgenommen. Vornehmlich interessiert hierbei die Bestimmung von Effizienzkriterien für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik. Zudem werden auf Grundlage der empirischen Ergebnisse die von verschiedenen konjunkturpolitischen Maßnahmen zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Effekte bestimmt. Untersuchungsergebnisse hierzu sind noch nicht veröffentlicht.<sup>21</sup>

Somit ist festzustellen, dass es also weder einen nationalen, noch einen internationalen Standard gibt, an welchem man die deutsche Konjunkturpolitik in der aktuellen Finanzkrise messen könnte. Deshalb werden im Folgenden klare Effizienzkriterien definiert, mit denen das Hauptziel, nämlich die Stabilisierung der Wirtschaft in einer Krise und die Verminderung von Konjunkturschwankungen, am effizientesten erreicht werden kann. Anschließend wird anhand dieser Kriterien eine Bewertung der durch die Bundesregierung beschlossenen Konjunkturpakete durchgeführt. Erst hierdurch kann die Ausgangsfrage, ob es sich bei der deutschen Konjunkturpolitik in der Finanzkrise um angemessene

---

<sup>18</sup> Vgl. Minsch (2009), S. 18.

<sup>19</sup> Vgl. Leibinger (1985), S. 143.

<sup>20</sup> Die Hans-Böckler-Stiftung ist eine Organisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie fördert u.a. die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung.

<sup>21</sup> Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (2009), Abschnitt 1 (siehe Internetverzeichnis).



Maßnahmen zur Wirtschaftsstabilisierung oder um reinen Aktionismus handelt, beantwortet werden.

Die aktuelle Krise ist durch einen synchronen Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung gekennzeichnet. Um einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu vermeiden, forderten internationale Organisationen wie der IWF<sup>22</sup> oder die OECD<sup>23</sup> und nahezu sämtliche Experten diskretionäre staatliche Maßnahmen<sup>24</sup> zur Belebung der Konjunktur. Es bestand kurzfristig keine Alternative zu einer expansiven Finanzpolitik.<sup>25</sup> Deshalb findet die Höhe der zusätzlichen Staatsverschuldung zur Finanzierung der Konjunkturpakete keine Berücksichtigung als Kriterium für eine effiziente Fiskalpolitik.

Jedoch sollten diskretionäre staatliche Maßnahmen nicht als unkomplizierte politische Universallösung gegen die Finanzkrise publiziert werden. Sicherlich sind durch solche Feinsteuerungsmaßnahmen stabilisierende Wirkungen auf die Konjunktur möglich, jedoch ist eine sinnvolle Umsetzung sehr anspruchsvoll. Denn ein großes Problem sind die zeitlichen Verzögerungen, die zwischen der Realisierung der Maßnahmen durch die politischen Akteure und ihrer gewünschten Wirkung liegen. Dieses Problem wird auch als „time lag“ bezeichnet und kann sogar dazu führen, dass Maßnahmen pro- anstatt antizyklisch wirken. So können beispielsweise Maßnahmen zur Dämpfung eines Wirtschaftsabschwungs zu einer Verstärkung der Schwankungsintensität führen, wenn sie in Folge eines „time lags“ erst im darauf folgenden Aufschwung ihre Wirkung entfalten.<sup>26</sup> Zu spätes Reagieren auf eine konjunkturelle Schwächephase kann also die anschließende Hochkonjunkturphase überzeichnen, damit zu nachfrageinduziertem Preisauftrieb führen und in einem abrupten Abbremsen des Wirtschaftswachstums mit unerwarteten Einbrüchen enden. Diese Gefahr ist bekannt, jedoch lässt sie sich nicht ausschließen, da Wirtschaftspolitik zeitintensiv ist. Von der Problemerkennung und –diagnostik bis zur Mittelwahl und Durchsetzung vergeht angesichts des Wechselspiels zwischen Regierung und Parlament

---

<sup>22</sup> Der Internationale Währungsfonds ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Zu seinen Aufgaben gehören u.a. die Ausweitung des Welthandels, die Stabilisierung von Wechselkursen und die Überwachung der Geldpolitik.

<sup>23</sup> Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine internationale Organisation mit 30 Mitgliedsstaaten. Sie dient als Forum, in dem Regierungen ihre Erfahrungen austauschen, um Lösungen für gemeinsame Probleme ausarbeiten zu können.

<sup>24</sup> Diskretionäre Feinsteuerungsmaßnahmen sind aktive Eingriffe der Regierung, um auf bestimmte, unvorhergesehene ökonomische Entwicklungen zu reagieren. Bei einem plötzlich auftretenden Abschwung versucht die Regierung beispielsweise durch vermehrte Staatsausgaben die Ökonomie zu stützen.

<sup>25</sup> Vgl. Von Blankart u.a. (2010), S. 13 f.

<sup>26</sup> Vgl. Kögler (2006), S. 10.

unvermeidlich einige Zeit.<sup>27</sup> Vor diesem Hintergrund gewinnt Angela Merkels Forderung, dass nationale Hilfsprogramme ohne langwierige Verfahren verwirklicht werden, an zusätzlicher Bedeutung.<sup>28</sup> Denn neben der Schwierigkeit, die Hilfspakete zum richtigen Timing zu verabschieden, müssen weitere Zeitfaktoren berücksichtigt werden.

Dass die Bundesregierung ihre Konjunkturpakete als kurzfristig umsetzbar und rasch wirkend beschreibt,<sup>29</sup> ist sicherlich keine Garantie dafür, dass die beschlossenen Maßnahmen auch wirklich diese wichtigen Eigenschaften besitzen. Es zeigt lediglich, dass in der Bundesregierung ein Verständnis dafür existiert, welche Bedeutung in einer Finanzkrise der Faktor Zeit für die Stabilisierung der Wirtschaft darstellt. Fraglich ist also, wie schnell die einzelnen fiskalpolitischen Maßnahmen umgesetzt werden können. Wie schnell sich beispielsweise Investitionen in die Infrastruktur verwirklichen lassen? Oder ob es überhaupt genügend baureife Projekte gibt, die man sofort angehen kann und ob die Industrie überhaupt in der Lage ist, Investitionen in die Zukunft zu tätigen, um von staatlichen Innovationsförderungen zu profitieren? Nur wenn solche Fragen mit „ja“ beantwortet werden können, ist eine kurzfristige Umsetzbarkeit von Konjunkturpaketen überhaupt möglich.

Sind die Maßnahmen kurzfristig umsetzbar, ist letztendlich noch entscheidend, wie schnell sie ihre gewünschten Wirkungen erzielen. Je mehr Zeit zwischen Beschluss einer Maßnahme und Wirkungsentfaltung vergeht, desto größer wird die Gefahr einer möglichen Ineffektivität der Fiskalpolitik. Kommen die Maßnahmen für die privaten Wirtschaftssubjekte nicht überraschend und unerwartet, wird sich bei rationaler Erwartungshaltung der Märkte nur das Preisniveau erhöhen. Damit sich Angebots- und Nachfrageentscheidungen der privaten Wirtschaftssubjekte als Folge von politischen Maßnahmen verändern, ist also wiederum der Faktor Zeit entscheidend.<sup>30</sup>

Wie gerade deutlich wurde, ist das Zusammenspiel vom richtigen Timing, kurzfristiger Umsetzbarkeit und schneller Wirkungsentfaltung für konjunkturpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft in einer Krise entscheidend. Dies wird als das erste Effizienzkriterium an eine angemessene Konjunkturpolitik wie folgt zusammengefasst:

**→ Konjunkturpolitik muss schnell wirken.**

---

<sup>27</sup> Vgl. Erdmann (2006), S. 316.

<sup>28</sup> Vgl. Die Bundesregierung (2008), 9. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>29</sup> Vgl. Existenzgründungsportal des BMWi (2009), 2. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>30</sup> Vgl. Wagner (2008), S. 139.

Somit lässt sich die Frage, wann ein Konjunkturpaket wirken muss, eindeutig beantworten. Weitaus schwieriger scheint jedoch die Beantwortung der Frage, wie denn ein optimales Konjunkturpaket zusammengesetzt ist. So empfiehlt der Internationale Währungsfonds beispielsweise, bei der Fiskalpolitik nicht alles auf eine Karte zu setzen, sondern mehrgleisig zu fahren, weil die Wirksamkeit jedes einzelnen Instruments unsicher ist. Jedoch wissen Wirtschaftswissenschaftler seit längerem, dass es nicht nur auf die direkten ökonomischen Effekte ankommt. Damit Konjunkturprogramme optimal wirken, sind die indirekten, psychologischen Wirkungen noch wichtiger. Im Idealfall fassen die Wirtschaftssubjekte dank der Konjunkturpolitik neuen Mut und Optimismus, lösen sich aus ihrer Schockstarre und geben wieder mehr Geld aus. So ist der Ökonom Gerhard Willke<sup>31</sup> überzeugt, dass nicht der Wert jeder einzelnen Konjunkturmaßnahme ausschlaggebend ist, sondern das Signal, dass etwas geschieht. Der Ökonom Gauti Eggertsson<sup>32</sup> kam beispielsweise bei einer Studie zu dem Fazit, dass die Erholung der US-Wirtschaft nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre durch einen grundlegenden Wandel der Erwartungen getrieben wurde. Dieser Wandel ging von den psychologischen Effekten der "New Deal"-Politik<sup>33</sup> von US-Präsident Franklin D. Roosevelt aus. Setzt der Staat also auf viele verschiedene kleinere Maßnahmen, könnten die direkten Effekte jeder einzelnen Maßnahme so gering sein, dass die Wirkungen von den Wirtschaftssubjekten übersehen werden und sie ihre Erwartungen nicht ändern.<sup>34</sup>

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob der Staat bei seiner Fiskalpolitik eher auf eine direkte Erhöhung der Staatsausgaben setzen sollte, oder ob Steuersenkungen den größeren Erfolg versprechen. Die Ökonomen Andrew Mountford und Harald Uhlig<sup>35</sup> haben in einer Studie über die US-Wirtschaft festgestellt, dass schuldenfinanzierte Steuersenkungen den größten Wachstumseffekt haben. Damit unterstützen sie die Meinung von libera-

---

<sup>31</sup> Gerhard Willke ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule Nürtingen. Er gilt als Kenner des Briten John Maynard Keynes, der zu den bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts zählt. Willke veröffentlichte 2002 ein Buch mit dem gleichnamigen Titel „John Maynard Keynes“.

<sup>32</sup> Gauti Eggertsson ist Ökonom im Forscherstab der Federal Reserve Bank of New York. Er hat mit einer mathematischen Modellrechnung ermittelt, dass das Bruttoinlandsprodukt der USA ohne die psychologischen Effekte des New Deals bis 1937 noch um weitere 30 Prozent eingebrochen wäre.

<sup>33</sup> Der New Deal war ein Bündel von Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA, welches die Massenarbeitslosigkeit und -armut, verursacht durch die Weltwirtschaftskrise, lindern sollte. Unter Präsident Franklin D. Roosevelt wurde damit versucht durch massive staatliche Investitionen die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Unter anderem wurden ein Sozialversicherungssystem und eine progressive Besteuerung eingeführt.

<sup>34</sup> Vgl. Müller (2009), S. 9.

<sup>35</sup> Eine aktuelle Studie der Ökonomen Harald Uhlig von der Universität Chicago und Andrew Mountford von der Universität in London zeigt anhand von Daten für die USA, dass kreditfinanzierte Steuersenkungen die Wirtschaft besser ankurbeln als kreditfinanzierte Ausgabenprogramme. Ihren Berechnungen zufolge löst jeder Dollar Steuersenkung mittelfristig einen Zuwachs um rund fünf Dollar beim Bruttoinlandsprodukt aus.

len Ökonomen, die als fiskalpolitische Maßnahme in der Regel niedrigere Einkommenssteuern empfehlen. Der Staat überlässt dadurch dem Verbraucher selbst die Entscheidung, wofür er das Geld ausgeben möchte.<sup>36</sup> Ein wichtiges Argument spricht jedoch gegen Steuersenkungen als fiskalpolitische Maßnahme. Die Bürgerinnen und Bürger könnten so nämlich das zusätzliche Geld sparen, anstatt es auszugeben, wodurch der gewünschte Impuls für die Wirtschaft verpuffen würde. Eine mögliche Lösung hier wäre es die Steuersenkungen auf die Bezieher niedriger Einkommen zu konzentrieren, da diese eine deutlich höhere Konsumneigung als wohlhabende Menschen besitzen. Andererseits zahlen Geringverdiener ohnehin vergleichsweise geringe Steuern, was also wiederum für direkte Konsumgutscheine sprechen würde. Selbst bei Instrumenten, die in normalen Zeiten zur Stärkung des Wachstumspotentials eines Landes beitragen, ist die Wirkung in einer tiefen und weltweiten Finanzkrise fraglich. So sind niedrigere Gewinnsteuern und bessere Abschreibungsregeln für ein Unternehmen, dessen Gewinne im Keller sind, für wichtige Investitionsentscheidungen nicht entscheidend. Viel ausschlaggebender ist hier das generelle Vertrauen des Unternehmens in die Zukunft.<sup>37</sup>

Wenn also Steuersenkungen nicht das alleinige Heilmittel für eine „kränkelnde“ Wirtschaft sind, dann ist vielleicht eine direkte Erhöhung der Staatsausgaben die richtige Entscheidung. Doch auch ein staatliches Ausgabenprogramm, wie es mit dem Bau von Straßen und Brücken möglich wäre, kann für sich alleine nur wenig Impulse für die Stabilisierung der Konjunktur erzeugen. Denn hierbei besteht die Gefahr, dass der Staat mit seinen Aktivitäten private Investitionen verdrängt. Glaubt man dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW)<sup>38</sup>, wären zusätzliche Staatsausgaben für Investitionen in das Bildungssystem am sinnvollsten. Den größten Effekt hierbei hätten jeweils eine verbesserte frühkindliche Bildung, der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagschulen. So hat das IW ermittelt, dass der Staat hierbei auf das eingesetzte Kapital langfristig 13 Prozent Zinsen einfahren könnte.<sup>39</sup> Jedoch sind sowohl diese Kalkulation des IW, als auch die Vermutung allein Investitionen in das Bildungssystem würden ausreichen, um die deutsche Wirtschaft in einer solchen Finanzkrise zu festigen, wenig plausibel.

---

<sup>36</sup> Vgl. Handschuch u.a. (2009), S. 16.

<sup>37</sup> Vgl. Müller (2009), S. 9.

<sup>38</sup> Das Institut der deutschen Wirtschaft wird von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanziert. Es erarbeitet auf wissenschaftlicher Grundlage Analysen und Stellungnahmen zu allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Bildungs- und Ausbildungssystems sowie der gesellschaftlichen Entwicklung. Das IW fungiert unter anderem als wissenschaftlicher Berater der Politik.

<sup>39</sup> Vgl. Handschuch u.a. (2009), S. 16.

Wenn der IWF empfiehlt, bei Fiskalpolitik mehrgleisig zu fahren, obwohl Wirtschaftswissenschaftler befürchten, dass dabei der wichtige psychologische Effekt seine Wirkung verliert; wenn der wirtschaftliche Impuls von Steuersenkungen zu verpuffen droht, weil nicht vorhersehbar ist, ob die Menschen sparen oder konsumieren; wenn zudem bei staatlichen Investitionen die Gefahr besteht, private Investitionen zu verdrängen, wie soll dann überhaupt die Frage nach einer optimalen Zusammensetzung eines Konjunkturpaktes beantwortet werden? Die Lösung klingt wie eine allgemeine Lebensweisheit: Die Mischung macht's.

Nur ein Konjunkturpaket, welches das Risiko jeder einzelnen Maßnahme, nicht zu wirken, diversifiziert, indem es auf verschiedene Maßnahmen setzt und trotzdem nicht droht, durch eine Fülle von Einzelmaßnahmen zu zersplittern, hat eine Chance die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in einer globalen Finanzkrise zu stabilisieren. Hierbei sollte die Bundesregierung nicht ausschließlich auf erhöhte Staatsausgaben und nicht einzig und allein auf Steuersenkungen setzen, sondern die Maßnahmen aus der gesamten Bandbreite der fiskalpolitischen Instrumente auswählen.

Dies ist die Definition des zweiten Effizienzkriteriums an eine angemessene Konjunkturpolitik in einer Finanzkrise und wird unter der folgenden Überschrift zusammengefasst:

**→ Effektive Konjunkturpolitik besteht aus einem ausgewogenen  
Maßnahmenportfolio.**

Hiermit sind Effizienzkriterien für den Zeitpunkt und die Zusammensetzung eines Konjunkturpakets ermittelt. Es fehlt jedoch noch ein Effizienzkriterium, welches die optimale Dosierung festsetzt. Denn sowohl zu hohe, als auch zu niedrige konjunkturelle Impulse hemmen die stabilisierende Wirkung von fiskalpolitischen Maßnahmen. Eine Überdimensionierung hätte eine nachfragebedingte Preissteigerung zur Folge. Es könnte im Zuge multiplikativer Folgeeffekte zu einer Überbeanspruchung des bestehenden Produktionspotentials kommen. Diese Übersteuerung wäre nicht nur ein Zeichen für eine geringe Kosteneffizienz der Konjunkturprogramme, sondern könnte auch die Ursache für eine folgende Stabilisierungskrise sein. Eine zu geringe Dosierung dagegen würde die in Rezessionsphasen typische pessimistische Erwartungshaltung der privaten Haushalte und Unternehmen hinsichtlich des weiteren Konjunkturverlaufs nicht wesentlich verändern. Der bereits genannte wichtige psychologische Effekt und somit auch die konjunkturelle

Wende würden ausbleiben. Ohne erwartungsabhängige Verstärkungseffekte der privaten Wirtschaftssubjekte könnten die konjunkturellen Impulse der Maßnahmenpakete lediglich einen vorübergehenden Einschnitt in eine Finanzkrise bewirken.<sup>40</sup>

Bei der Ermittlung der richtigen Dosierung fiskalpolitischer Maßnahmen sind eine Prognose über die zu erwartende gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie eine Wirkungsprognose der zur Diskussion stehenden fiskalpolitischen Instrumente entscheidend.<sup>41</sup> Insbesondere der erste Faktor war für die Bundesregierung in der Finanzkrise wohl ausschlaggebend. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Konjunkturpakete waren die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland nämlich sehr ernüchternd. Zurückgehende Exporte und ein starker Investitionsrückgang der Unternehmen bescherten Deutschland den schärfsten Wachstumseinbruch seit Beginn der Quartalsrechnung im Jahr 1970. Zum ersten Mal seit über vierzig Jahren schrumpfte das Wirtschaftswachstum in vier aufeinander folgenden Quartalen.<sup>42</sup> Die OECD ging für das Jahr 2009 sogar von einem Rückgang des Realen Bruttoinlandsprodukt um minus 6,1 Prozent aus.<sup>43</sup>

Bei der Wahl der richtigen Dosierung ist der Multiplikatoreffekt entscheidend. Für eine Wirkungsprognose von fiskalpolitischen Instrumenten muss im Vorfeld versucht werden, quantitative Auswirkungen und Verteilungseffekte der geplanten Maßnahmen zu erfassen.<sup>44</sup> Je kleiner die Sickerverluste einer Maßnahme im Wirtschaftskreislauf sind, desto eher kann sich der ursprüngliche Impuls vervielfachen. So wird für Steuererleichterungen beispielsweise ein niedrigerer Multiplikatoreffekt erwartet, als für staatliche Investitionen, da der konjunkturstabilisierende Impuls durch niedrigere Steuern versickert, wenn die vergrößerte Kaufkraft gespart oder für Importe genutzt wird. In diesem Fall würden die einheimischen Unternehmen von der Maßnahme nämlich nicht profitieren.<sup>45</sup> Für Staatsausgaben wird der durchschnittliche kurzfristige Multiplikatoreffekt auf etwa 1 und für Steuersenkungen auf etwa 0,5 geschätzt. Letzteres bedeutet: Der Staat gibt einen Euro aus, um 50 Cent Konsum zu erzeugen. Langfristig nimmt die Wirkung sogar noch ab.<sup>46</sup>

Während Angela Merkel und Frankreichs Präsident Sarkozy bei einem Treffen Ende 2008 ein Volumen von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch für eine vernünftige

---

<sup>40</sup> Vgl. Leibinger (1985), S. 89.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 89 f.

<sup>42</sup> Vgl. Dowideit (2009), S. 1.

<sup>43</sup> Vgl. Greive (2009), S. 10.

<sup>44</sup> Vgl. Leibinger (1985), S. 89 f.

<sup>45</sup> Vgl. Beck (2008), S. 350.

<sup>46</sup> Vgl. Doelling (2004), S. 16.

Zielmarke hielten<sup>47</sup>, empfahl der IWF kurze Zeit später für die Konjunkturpakete ein Mindestvolumen von zwei Prozent des BIPs.<sup>48</sup>

Da insbesondere exportabhängige Volkswirtschaften wie Deutschland unter dem in einer internationalen Finanzkrise einbrechenden Welthandel leiden, scheint die Empfehlung des IWF als Richtwert sinnvoll. Somit wird als drittes Effizienzkriterium an ein angemessenes Konjunkturprogramm in dieser Finanzkrise ein Volumen von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgelegt. Dies wird später unter der folgenden Überschrift geprüft:

### **→ Konjunkturpolitik braucht ein angemessenes Volumen.**

Erfüllt die Konjunkturpolitik der Bundesregierung die bis jetzt herausgearbeiteten Effizienzkriterien, ist die Basis für den bestmöglichen Weg aus der Finanzkrise gelegt. Sobald sich die Wirtschaft wieder in einem stabilen Zustand befindet, muss der Staat jedoch seine fiskalpolitischen Anstrengungen wieder zurückfahren. Dies ist zum einen wichtig, damit das durch die Krise entstandene Haushaltsloch nicht noch größer wird und zum anderen, damit der Staat zusätzliche Nebenwirkungen auf die übrigen wirtschaftspolitischen Ziele vermeidet. Denn in Zeiten der Krise geraten weitere verteilungspolitische Ziele der Wirtschaftspolitik, wie eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, die soziale Sicherung der Bevölkerung und die Versorgung mit öffentlichen Gütern, in den Hintergrund. Nur wenn wieder ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum angestrebt wird, kann die so erreichte Wirtschaftsstabilität auch langfristig bestehen. Nachhaltiges Wachstum bedeutet, dass heutiges Wirtschaftswachstum nicht die Grundlagen für zukünftiges Wachstum durch Überschuldung oder auch durch Umweltbelastungen und Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe zerstört.<sup>49</sup>

Um dies zu ermöglichen, müssen die in einer Finanzkrise beschlossenen Konjunkturmaßnahmen eine kurzfristige Reversibilität besitzen. Man muss sie also rückgängig machen können, ohne allokativer Verzerrung zu hinterlassen oder Folgekosten tragen zu müssen. Jedoch ist hierbei Vorsicht geboten. Die Vergangenheit zeigt, dass der Staat in einer tiefen Krise seine Konjunkturprogramme nicht zu früh wieder zurückfahren sollte. So hat die japanische Regierung, nachdem 1996 die Konjunktur nach einer Wirtschaftskrise wieder stabilisiert schien, bereits im April 1997 die Mehrwertsteuer erhöht und öffentli-

<sup>47</sup> Vgl. Die Bundesregierung (2008), 12. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>48</sup> Vgl. Müller (2009), S. 9.

<sup>49</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2009), 3. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

che Ausgaben gekürzt. Als Folge kehrte die Rezession wieder zurück und war zudem hartnäckiger als vorher.<sup>50</sup> Somit ist das vierte Effizienzkriterium die Möglichkeit die Maßnahmen der Konjunkturprogramme nach der eingetretenen Stabilisierung der Wirtschaft wieder zurückzufahren, ohne bleibende Wettbewerbsverzerrungen zu hinterlassen. Dies wird unter folgender Überschrift zusammengefasst:

**→ Die beschlossenen Konjunkturmaßnahmen müssen reversibel sein.**

Somit ist das Anforderungsprofil an eine optimale Konjunkturpolitik in der Finanzkrise definiert. Eine Fiskalpolitik, die schnell wirkt, aus einem ausgewogenen Maßnahmenportfolio besteht, ein angemessenes Volumen aufweist und nach eingetretener Stabilisation der Wirtschaft auch wieder zurückgefahren werden kann, führt die Bundesrepublik Deutschland also bestmöglich durch diese Krise.

### **3 Welche Maßnahmen beinhalten die beschlossenen Konjunkturpakete?**

Im Folgenden werden die Inhalte der beiden Konjunkturpakete vorgestellt. Es werden die wichtigsten Informationen zu den einzelnen Maßnahmen aufgezeigt. Die hierbei gewählte Gliederung unterscheidet nicht zwischen den beiden Konjunkturpaketen, sondern orientiert sich an der gewünschten Wirkung der einzelnen Maßnahmen.

#### **3.1 Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen**

Durch eine wirtschaftliche Rezession sind die Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei gering wie hoch Qualifizierten in Gefahr. Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im globalen Wettkampf ist die Sicherung dieser Arbeitsplätze von besonderer Bedeutung, sonst droht beim nächsten Aufschwung ein Fachkräftemangel. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die Unternehmen während einer Finanzkrise auf Entlassungen verzichten und Qualifikationen ausbauen.

Hierfür wollte die Bundesregierung im Rahmen des ersten Konjunkturpakets mit der Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld um weitere sechs Monate einen Anreiz für Unternehmen schaffen, Mitarbeiter auch bei einem Auftragsrückgang nicht zu entlassen. Trifft der Arbeitsausfall durch mangelnde Aufträge mindestens ein Drittel der beschäftigten Arbeitnehmer und fällt dadurch bei diesen mindestens 10 % des monatlichen Bruttoentgelts aus, kann der Arbeitgeber nun für maximal 18 Monate Kurzarbeitergeld

---

<sup>50</sup> Vgl. Müller (2009), S. 9.



beantragen.<sup>51</sup> Während dieses Zeitraums übernimmt dann die Bundesagentur für Arbeit für einsatzfreie Zeiten eines Arbeitnehmers anteilig 60 bis 67 % des Monatsentgelts. Zudem wurde für die Jahre 2009 und 2010 beschlossen, dass den Arbeitgebern bei Kurzarbeit die von ihnen zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zu 50 % erstattet werden. Qualifiziert ein Unternehmen während der Kurzarbeit seine Mitarbeiter weiter, erstattet die Bundesagentur für Arbeit auf Antrag sogar die vollen Sozialversicherungsbeiträge. Durch diese Maßnahme können Unternehmen ihre eingearbeitete Belegschaft auch in Krisenzeiten erhalten.<sup>52</sup>

Insbesondere ungelernete, gering qualifizierte und ältere Arbeitnehmer sind gefährdet, in Krisenzeiten ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Deshalb hat die Bundesregierung den Ausbau des Sonderprogramms WeGebAU<sup>53</sup> beschlossen. Hierbei wird der Arbeitgeber durch Lohnkostenzuschüsse bei der Fortsetzung von Arbeitsverhältnissen mit gering Qualifizierten und Ungelernten unterstützt. Diese können sich weiterqualifizieren oder einen Berufsabschluss nachholen.<sup>54</sup> Werden ältere Arbeitnehmer unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes für Weiterbildungsmaßnahmen freigestellt, erhält der Arbeitgeber weitere Zuschüsse. Mit diesen Maßnahmen soll die Entstehung qualifikationsbedingter Entlassungen verhindert werden. Das Programm wurde im Rahmen der Konjunkturpakete um jährlich 200 Millionen Euro aufgestockt und für mehr Unternehmen zugänglich gemacht. Nun können auch Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mit einem Arbeitsentgeltzuschuss gefördert werden.<sup>55</sup>

Des Weiteren wurden knapp 2 Milliarden Euro dem Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Bundesagentur für Arbeit für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Hierdurch konnte die Betreuung und Pflege für Arbeitnehmer über 25 Jahre, die über keinen Berufsabschluss verfügen, und Jugendliche, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen, ausgebaut werden.<sup>56</sup>

Um diesen zusätzlichen Arbeitsaufwand bewältigen zu können, wurde bereits im Rahmen des ersten Konjunkturpakets die Neubesetzung von 1.000 zusätzlichen Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit beschlossen. Zudem sollte es die Neuvermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich noch in der Kündigungsphase befinden, ver-

---

<sup>51</sup> Vgl. Neumann/Siems (2009), S. 2.

<sup>52</sup> Vgl. Creutzburg (2009 - a), S. 4.

<sup>53</sup> WeGebAU ist ein Sonderprogramm ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welches durch berufsbegleitende Weiterbildung Entlassungen verhindern soll.

<sup>54</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - b), 2. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>55</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - c), 3. Absatz - Aktivierung und Qualifizierung stärken (siehe Internetverzeichnis).

<sup>56</sup> Vgl. ebenda, 3. Absatz - Aktivierung und Qualifizierung stärken.

bessern. Das Ziel war es einen Anstieg der Arbeitslosen im Zuge der Wirtschaftskrise zu verhindern. Die neu geschaffenen Betreuungsstellen sind allerdings bis zum 31. Dezember 2012 befristet.<sup>57</sup>

### **3.2 Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger**

Für die Bundesregierung war die Abschwächung des Konjunkturerinbruchs von elementarer Bedeutung. Zugleich wollte sie aber parallel den nächsten Aufschwung der Wirtschaft vorbereiten. Hierfür sollten die Privathaushalte nachhaltig entlastet werden. Insbesondere die Bürger, die Sozialabgaben und Steuern zahlen, sollten von den folgenden Maßnahmen profitieren.

Zunächst galten rückwirkend zum 01.01.2009 neue Steuersätze. Der Eingangsteuersatz wurde von 15 Prozent auf 14 Prozent gesenkt und es wurden zusätzlich neue Grundfreibeträge eingeführt. Fand 2009 bereits eine Erhöhung um 170 Euro auf 7.834 Euro statt, kletterte der Grundfreibetrag Anfang 2010 schließlich auf 8.004 Euro.<sup>58</sup> Je nach Einkommen bekommt der Arbeitnehmer seitdem monatlich bis zu 85 Euro mehr überwiesen. Durch diese Senkung der Einkommenssteuer wurden die Bürgerinnen und Bürger allein bis 2010 um 8,95 Milliarden Euro entlastet.<sup>59</sup>

Zudem wurden die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung seit dem 1. Juli 2009 durch den Bund bezuschusst. Für das Jahr 2009 wurde der Bundeszuschuss um 3 Milliarden Euro und für das Jahr 2010 um 6 Milliarden Euro erhöht.<sup>60</sup> Hierdurch profitierten die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung von einem um 0,6 Prozent auf 14,9 Prozent verringerten Beitragssatz. Insgesamt umfasste die Entlastung bei den Abgaben 9 Milliarden Euro, wobei die eine Hälfte der Arbeitgeber oder die Rentenversicherung sparten und die andere Hälfte bei den Arbeitnehmern und Rentnern als zusätzlich verfügbares Einkommen ankam.<sup>61</sup>

Des Weiteren erhielten Familien eine zusätzliche Entlastung. Über die Familienkasse wurde an alle Kindergeldbezieher eine Einmalzahlung ausgezahlt. Für jedes Kind, für das im Jahr 2009 für mindestens einen Monat Anspruch auf Kindergeld bestand, wurde ein „Kinderbonus“ von 100 Euro je Kind gezahlt. Von diesem Extrabonus profitierten Besserverdiener jedoch nicht, denn ab einem zu versteuernden Einkommen von 74.000 Euro

---

<sup>57</sup> Vgl. Von Borstel (2008), S. 12.

<sup>58</sup> Vgl. Simon (2009), S. 70 ff.

<sup>59</sup> Vgl. Brandstetter (2009 - a), S. 17.

<sup>60</sup> Vgl. Elflein u.a. (2009), S. 16 ff.

<sup>61</sup> Vgl. Simon (2009), S. 70 ff.

bei Verheirateten und 37.000 Euro bei Alleinerziehenden wurde der Bonus komplett mit der Steuererstattung verrechnet.<sup>62</sup>

Wer mit Instandhaltungs- oder Modernisierungsmaßnahmen in sein Eigentum investieren möchte, wird seit dem 01.01.2009 entlastet. Der Steuerbonus für die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen wurde verdoppelt. Seitdem können 20 Prozent der Handwerkerrechnungen bis zu einer Maximalgrenze von 6.000 Euro steuerlich abgesetzt werden. Somit wurde die Deckelung für den Steuerbonus von 600 Euro auf 1.200 Euro angehoben. Diese Maßnahme gilt unbefristet, wird jedoch seit dem 01.01.2011 auf ihre Wirksamkeit geprüft. Die Bundesregierung erhofft sich durch diese Maßnahme Impulse für die Stärkung und Stabilisierung der Auftragslage im Handwerk und ein Abschwächen der Anreize für Schwarzarbeit. Zudem werden hierdurch laut BMWi die privaten Haushalte um 1,5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet.<sup>63</sup>

### **3.3 Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen**

Bei einer Finanzkrise wird auf den Märkten eine allgemeine Verunsicherung genährt, die dafür sorgt, dass bei den Unternehmen die Investitionsabsichten zurückgestellt werden. Um dem entgegenzuwirken, hatte die Bundesregierung die degressive Abschreibung wieder eingeführt. Diese war für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die mehr als 1.000 Euro kosteten und vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2010 gekauft oder hergestellt wurden, wieder möglich. Bei der degressiven Abschreibung ist der Abschreibungsbetrag im ersten Jahr mit maximal 25 % der Anschaffungskosten am höchsten und verringert sich dann schrittweise mit jedem Folgejahr. Für Unternehmen lohnten sich dadurch Investitionen besonders in den Jahren 2009 und 2010, weil vor allem im ersten Jahr das Betriebsergebnis verringert wird, womit weniger Steuern anfallen.<sup>64</sup> Hierdurch sollte ein Investitionsanreiz geschaffen werden, der für eine Stabilisierung des Wachstums sorgt. Dies entlastete die Unternehmen um ca. 2,5 Milliarden Euro pro Jahr.<sup>65</sup>

Zudem hatte die Bundesregierung für denselben Zeitraum befristet die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen erweitert. Die Grenzen für die Inanspruchnahme wurden weiter erhöht, sodass davon mehr Unternehmen als zuvor

---

<sup>62</sup> Vgl. Brandstetter (2009 - a), S. 17.

<sup>63</sup> Vgl. Elflein u.a. (2009), S. 16 ff.

<sup>64</sup> Vgl. Brandstetter (2009 - b), S. 17.

<sup>65</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - d), Vorletzter Absatz (siehe Internetverzeichnis).

profitierten. So wurde die Grenze des Betriebsvermögens für bilanzierende Unternehmen um 100.000 Euro auf 335.000 Euro angehoben. Für Unternehmen, die keine Bilanz aufstellen, war der Gewinn maßgeblich. Hier wurde die Grenze um 100.000 Euro auf 200.000 Euro erhöht. Die Sonderabschreibung war zusätzlich zur degressiven Abschreibung möglich und konnte im Anschaffungsjahr in Höhe von 20 % der Anschaffungs- oder Herstellkosten in Anspruch genommen werden. Somit könnte ein Unternehmen im ersten Jahr bis zu 45 % der Anschaffungskosten abschreiben. Dies entlastete die Betriebe zusätzlich um ca. 100 Millionen Euro pro Jahr.<sup>66</sup>

Von zentraler Bedeutung für die Bundesregierung war zudem die Sicherung der Kreditversorgung für die Wirtschaft (KfW) und insbesondere für den Mittelstand. Damit dies auch bei Engpässen im Bankenbereich gesichert war, wurde im Rahmen des ersten Konjunkturpakets ein zusätzliches Finanzierungsinstrument bei der KfW geschaffen. Mit einem Volumen von insgesamt bis zu 15 Milliarden Euro erfolgten zeitlich befristet bis Ende 2009 durch die KfW bei Krediten Haftungsübernahmen von bis zu 90 %. Bei Betriebsmittelfinanzierungen waren bis zu 50 % der Investitionssumme durch die KfW abgesichert. Dieses zusätzliche Finanzierungselement konnten mittelständische Unternehmen, die sich mehrheitlich in Privatbesitz befinden und deren Umsätze in der Regel unter 500 Millionen Euro liegen, nutzen. Das Ziel dieser Maßnahme war die Sicherung der Finanzierung von Investitionen und des mittel- und langfristigen Betriebsmittelbedarfs von Unternehmen.<sup>67</sup>

Des Weiteren wurde das bereits bestehende KfW-Sonderprogramm auf ein Bürgschaftsvolumen von 100 Milliarden Euro aufgestockt und flexibilisiert, um eine zieladäquate Inanspruchnahme sicherzustellen. Hierdurch ist beispielsweise die Finanzierung von Projekten und Betriebsmitteln verbessert. Gesunden und wettbewerbsfähigen Betrieben kann sonst durch die Unsicherheit bei der Kreditvergabe im Bankensektor das Aus drohen.<sup>68</sup>

### **3.4 Förderung von Investition, Innovation und Nachfrage in der Wirtschaft**

Die folgenden Maßnahmen sollten gezielt das Investitionsverhalten von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern und der öffentlichen Hand fördern. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war hierbei das vorrangige Ziel. Deutschland sollte die Wirtschaftskrise nicht nur überstehen, sondern vielmehr gestärkt aus ihr herauskommen.

---

<sup>66</sup> Vgl. Ott (2009): S. 101 ff.

<sup>67</sup> Vgl. Pfister/Sauga (2008), S. 35.

<sup>68</sup> Vgl. Wefers (2009), S. 6.

### **3.4.1 Investitionen der öffentlichen Hand**

Im Rahmen der Konjunkturpakete hat der Bund rund 14 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt. Hierdurch sollten kurzfristig Aufträge für die Wirtschaft und somit Arbeitsplätze in der konjunkturellen Schwächephase gesichert werden. Doch langfristig sieht die Bundesregierung die Chance auf einen umfassenden Modernisierungsschub, der sonst viele Jahre gebraucht hätte. Hierdurch kann Deutschland stärker aus der Krise herauskommen, als es hineingegangen ist. So kann durch die Zukunftsinvestitionen von Bund, Länder und Kommunen bereits in Krisenzeiten eine Grundlage für neue Arbeitsplätze, Innovationen und eine bessere, soziale Infrastruktur gelegt werden. Wichtig hierbei ist, dass die ausgewählten Investitionen schnell umsetzbar sind, eine breite wirtschaftliche Wirkung erzielen und unfinanzierbare Folgekosten vermeiden.<sup>69</sup>

Die 14 Milliarden Euro wurden auf drei Investitionsgebiete verteilt. Rund 4 Milliarden Euro stehen seitdem für zusätzliche Bundesinvestitionen zur Verfügung. Mit den restlichen 10 Milliarden Euro hat der Bund ein kommunales Investitionsprogramm, das 3,5 Milliarden Euro in die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur investiert, unterstützt. Durch dieses Programm sollen Anreize für die vorzeitige Umsetzung von Investitionen, die sich bereits in Planung befinden, gesetzt werden. Schwerpunkte treten bei Infrastruktur, Informations- und Kommunikationstechnologien und im Verkehrsbereich auf.<sup>70</sup>

Die restlichen 6,5 Milliarden Euro flossen in den Investitionsschwerpunkt Bildung. Hier soll das Geld vor allem in verbesserte Ausstattung bei Schulen, Kindergärten und Universitäten fließen. Außerdem können Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Bildungsstätten dadurch finanziert werden.<sup>71</sup>

Bei der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen wurden die Gelder für die Bildungsinvestitionen nach den Schülerzahlen und die Gelder für die Infrastruktur nach Einwohnerzahl, Fläche und Finanzkraft möglichst gerecht zugewiesen.<sup>72</sup> Damit eine schnelle Durchführung der Zusatzinvestitionen möglich wurde und kurzfristig ein Effekt für die Wirtschaft erzielt werden konnte, hatte der Bund im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets das strenge Vergaberecht gelockert. Bis 2011 befristet sind nun die Schwel-

---

<sup>69</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - e), ab 1.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>70</sup> Vgl. Kürschner (2008), S. 14.

<sup>71</sup> Vgl. Krauß (2009), S. 2.

<sup>72</sup> Vgl. Hartmann (2009), S. NRW1.

lenwerte für Ausschreibungen und „freihändige“ Vergaben<sup>73</sup> angehoben. Für Bauleistungen ist dadurch eine beschränkte Ausschreibung bis eine Million Euro und freihändige Vergabe bis 100.000 Euro möglich. Bei Dienst- und Lieferleistungen wurde die Grenze auf 100.000 Euro angehoben. Unterhalb dieser Schwellenwerte kann die Vergabestelle freihändige Vergaben durchführen. Die Länder und Kommunen sind aufgefordert ihre Vergabeverfahren ebenfalls diesen Wertgrenzen anzupassen.<sup>74</sup>

### **3.4.2 Investitionen von Unternehmen**

Auch in Zeiten der Krise ist es von elementarer Bedeutung, dass die Unternehmen ihre Forschungs- und Innovationsanstrengungen auf einem hohen Niveau fortsetzen. Denn sonst droht ihnen für die mittelfristige Perspektive der Verlust ihrer Ausgangsposition im globalen Wettkampf. So wurden durch die Konjunkturpakete bereits bestehende Maßnahmen der Innovationsförderung des Bundes aufgestockt und erweitert. Dadurch entfiel eine Einführungsphase und Anträge konnten sofort gestellt werden.<sup>75</sup>

Bereits im Rahmen des ersten Konjunkturpakets wurden das an den Mittelstand gerichtete ERP-Innovationsprogramm<sup>76</sup>, der für junge innovative Unternehmen vorgesehene ERP-Startfonds<sup>77</sup> und das an kleine und mittlere Unternehmen gerichtete Energieeffizienzprogramm<sup>78</sup> verstärkt. Anträge für diese Programme werden über die KfW gestellt und geprüft. Wird eine Förderung genehmigt, stellt die KfW das benötigte Kreditvolumen mit zinsgünstigen Konditionen zur Verfügung. In Ausnahmefällen kann statt des Kredits auch ein Investitionskostenzuschuss bis maximal 30 Prozent der Gesamtkosten gewährt werden.<sup>79</sup>

Mit dem zweiten Konjunkturpaket wurde außerdem das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM)<sup>80</sup> um 900 Millionen Euro aufgestockt. Hier wurden auch die Bedingungen für die Antragsberechtigung gelockert. Waren bislang nur ostdeutsche Unternehmen bis 250 Beschäftigte antragsberechtigt, konnten nun bundesweit alle Mittelständler

<sup>73</sup> Eine „freihändige“ Vergabe ist eine Auftragserteilung durch den Bund an Unternehmen ohne vorherige Ausschreibung.

<sup>74</sup> Vgl. Becker (2009), S. 2.

<sup>75</sup> Vgl. Krause (2008), S. 5.

<sup>76</sup> Die Mittel des ERP-Innovationsprogramms sollen Unternehmen beim Transfer von innovativen Ideen in Produkte verstärken.

<sup>77</sup> Der ERP-Startfonds soll für junge, innovative Unternehmen erforderliche Anschlussfinanzierungen sicherstellen, da diese auf die Bereitstellung von Risikokapital angewiesen und somit von der Krise an den Finanzmärkten stärker betroffen sind.

<sup>78</sup> Durch das Energieeffizienzprogramm werden zinsgünstige Darlehen für Maßnahmen zum rationellen Energieeinsatz bereitgestellt.

<sup>79</sup> Vgl. Daub (2009), S. 90.

<sup>80</sup> Das ZIM ist ein bundesweites, technologie- und branchenoffenes Förderprogramm für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, welches Forschungs- und Entwicklungsvorhaben fördert.

mit bis zu 1000 Beschäftigten einen Zuschuss beantragen.<sup>81</sup> Hierbei handelt es sich um einen nicht rückzahlbar pflichtigen Zuschuss in Form einer Anteilsfinanzierung für Forschungs- und Innovationsanstrengungen der Unternehmen. Die Förderhöhe liegt zwischen 35 und 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, höchstens jedoch bei 175.000 Euro für Kooperationsprojekte bzw. bei 350.000 Euro für Netzwerkprojekte.<sup>82</sup>

### **3.4.3 Investitionen von Bürgerinnen und Bürgern**

Ist die Zukunft ungewiss, neigen die Menschen dazu, ihr Geld zusammen zu halten. Um dieser allgemeinen Konsumflaute und Kaufzurückhaltung entgegenzuwirken, wurden durch die Bundesregierung gezielte Maßnahmen zur Förderung des Investitionsverhaltens der privaten Haushalte beschlossen. Als positiven Nebeneffekt helfen sie zudem die Ziele beim Klima- und Umweltschutz zu erreichen.<sup>83</sup>

So wurden im Rahmen eines CO<sup>2</sup>-Gebäudesanierungsprogramms bis 2011 zusätzlich drei Milliarden Euro bereitgestellt. Diese sollen Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anstoßen und zusätzlich unmittelbare Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen. Wer nun ein Wohngebäude, mit dem Ziel den Energieverbrauch zu senken, sanieren möchte, kann dieses Geld in Form von verbilligten Krediten oder Zuschüssen über die KfW-Bankengruppe abrufen.<sup>84</sup>

Bei der Stärkung der Kauf- und Investitionsbereitschaft der Bundesbevölkerung legte die Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die Autoindustrie. Mit verschiedenen Maßnahmen erhoffte sie diese durch Kaufanreize für neue Fahrzeuge wieder in Fahrt zu bringen. Denn für die Bundesregierung bilden die Automobilunternehmen zusammen mit ihrem Netz von Zulieferern eine weltweit einmalige Technologie- und Innovationsstruktur, welche erhalten werden muss. So konnten private Autohalter beim Kauf eines Neu- oder Jahreswagen, der mindestens die Anforderungen für die Schadstoffklasse Euro 4 erfüllt, eine Umweltprämie beantragen. Im Volksmund auch als Abwrackprämie publiziert, handelte es sich hierbei um eine Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro für Zulassungen bis zum 31. Dezember 2009. Zudem musste gleichzeitig ein mindestens 9 Jahre altes Altfahrzeug, welches für mindestens 1 Jahr auf den Halter zugelassen war, verschrottet werden.<sup>85</sup> Zunächst hatte der Bund 1,5 Milliarden Euro als Budget für die Umweltprämie veranschlagt. Doch bei täglich ca. 5000 Prämienanträgen seit der Einführung war schnell klar, dass dies

---

<sup>81</sup> Vgl. Hohmann (2009), S. 14.

<sup>82</sup> Vgl. Dierig (2009), S. 19.

<sup>83</sup> Vgl. Hartmann/Seidel (2009), S. NRW8.

<sup>84</sup> Vgl. Von Borstel (2008), S. 12.

<sup>85</sup> Vgl. Maaß/Kopp (2009), S. 33.

nicht ausreichen würde und so wurden die Fördermittel auf 5 Milliarden Euro angehoben.<sup>86</sup>

Als weitere Maßnahme beschloss die Bundesregierung eine Neuregelung der Kfz-Steuer. Im Rahmen dieser Umstellung werden alle Pkws mit einer Erstzulassung nach dem 01. Juli 2009 nach einem neuen Prinzip versteuert. Durch dieses Prinzip ist für die Höhe der Kfz-Steuer nicht mehr ausschließlich der Hubraum relevant, sondern als entscheidende Berechnungsgrundlage wird vor allem der Schadstoffausstoß des Fahrzeugs verwendet. Hierdurch sind Autos mit geringem CO<sup>2</sup>-Ausstoß deutlich günstiger geworden. Von dieser Neuregelung sollen insbesondere Käufer von verbrauchsarmen Kleinwagen profitieren, denn durch die neuartige Kfz-Besteuerung erhofft sich die Bundesregierung langfristig auch eine ökologische Lenkwirkung. Für ältere Autos gilt vorerst bis zum Jahr 2013 das alte Besteuerungsprinzip. Danach sollen sie in das neue System übergeführt werden, Einzelheiten hierzu sind jedoch noch nicht beschlossen.<sup>87</sup>

Um die Kaufzurückhaltung bis zur Umstellung der Kfz-Steuer aufzulösen, wurde für Pkws mit Erstzulassung zwischen dem 5. November 2008 und dem 30. Juni 2009, eine Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr eingeführt. Voraussetzung hierfür war allerdings die Einhaltung der Grenzwerte für die Abgasnorm 4. Neu zugelassene Pkws, welche in die Schadstoffklasse Euro 5 oder Euro 6 einzuordnen sind, wurden sogar zwei Jahre von der Steuer befreit. Jedoch endete die Kfz-Steuerbefreiung in jedem Fall am 31. Dezember 2010. Die Aussetzung der Kraftfahrzeugsteuer war an das Fahrzeug gebunden und blieb bei einem Halterwechsel dem neuen Fahrzeughalter zeitanteilig erhalten.<sup>88</sup>

### **3.5 Weitere Maßnahmen der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat mit den Konjunkturpaketen die Chance genutzt, auch Problemen entgegenwirken, die nicht ausschließlich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sind. Beispielsweise macht die ständig fortschreitende Globalisierung der Welt einen Anschluss an das Internet, für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen gerade in konjunkturschwachen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland, unabdingbar.

So wurde im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets ein Ziel für den Ausbau des schnellen Internets beschlossen. Nachdem bis Ende 2010 zunächst alle Gebiete über leistungsfähige Breitbandanschlüsse verfügen sollten, wurde in einem zweiten Schritt der Ausbau des sogenannten schnellen VDSL-Netzes forciert. Bis spätestens 2018 sollen alle Haus-

---

<sup>86</sup> Vgl. Deutsche Presse-Agentur GmbH (2009), S. 15.

<sup>87</sup> Vgl. Brandstetter (2009 - c), S. 15.

<sup>88</sup> Vgl. Agence France Presse GmbH (2009), S. 5.



halte über einen solchen Anschluss mit Übertragungsraten ab 50 Megabit pro Sekunde verfügen.<sup>89</sup>

Dies wird als Kernelement für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland gesehen. Denn hierdurch soll für Unternehmen eine Senkung von Investitionskosten erzielt werden, was Investitionen und Innovationen gerade in Wachstumssegmenten wie beispielsweise in der IT- und Kreativbranche anregt. Zudem werden durch das schnellere VDSL-Netz eine bessere Online-Versorgung durch öffentliche Dienste und ein vereinfachter Zugriff auf kommerzielle Angebote ermöglicht.<sup>90</sup>

Auch die staatliche Außenwirtschaftsförderung wurde im Zuge des zweiten Konjunkturpakets verbessert. Mit der Ausweitung der Hermesdeckung<sup>91</sup> wurde die bundesgedeckte Exportfinanzierung für deutsche Unternehmen erleichtert. Nun besteht die Möglichkeit den Selbstbehalt für wirtschaftliche Risiken bei einem Auslandsgeschäft auf fünf Prozent abzusenken. Außerdem wurde das Bürgschaftsvolumen allein für die Absicherung von Exportgeschäften deutscher Unternehmen auf bis zu 117 Milliarden Euro ausgeweitet.<sup>92</sup>

Insgesamt belasteten die Maßnahmen der beiden Konjunkturpakete den Bundeshaushalt bis Ende 2010 um bis zu 170 Milliarden Euro zusätzlich.<sup>93</sup> Zudem fielen dem Staat durch die Wirtschaftskrise Steuereinnahmen in noch nicht absehbarer Höhe weg. Hierdurch wächst das Haushaltsdefizit weiter. Damit Deutschland zukünftig keine Überschuldung droht, hat die Bundesregierung die so genannte Schuldenbremse beschlossen und in der Verfassung manifestiert. Damit verpflichtet sich der Bund seine jährliche Neuverschuldung bis 2016 auf höchstens 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen. Dies würde aktuell etwa 8,5 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Die Länder dagegen dürfen ab 2020 gar keine Schulden mehr machen.<sup>94</sup>

Zudem wurde verbindlich festgelegt, dass die in einer Rezession zusätzlich aufgenommenen Schulden im nächsten Aufschwung wieder abgebaut werden müssen. Dies begrüßte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, da es „um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft“ geht. Denn eins scheint sicher, Deutschland kann die Schuldenbeherrschung wohl kaum allein durch Wachstumseffekte erreichen.<sup>95</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. Stratmann (2009 - a), S. 4.

<sup>90</sup> Vgl. Ségol (2009), S. 8.

<sup>91</sup> Die Hermesdeckungen sind seit 1949 eines der wichtigsten Instrumente der staatlichen Außenwirtschaftsförderung. Sie schützen deutsche Unternehmen vor Verlusten bei ausbleibenden Zahlungen von ausländischen Geschäftspartnern.

<sup>92</sup> Vgl. Stratmann (2009 - b), S. 6.

<sup>93</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - a), 1.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>94</sup> Vgl. Deutscher Depeschen Dienst (2009), S. 2.

<sup>95</sup> Vgl. Rose (2009), S. 16 ff.

#### **4 Bewertung der Konjunkturpakete anhand der ermittelten Effizienzkriterien**

Nachdem nun alle wesentlichen Informationen zu den einzelnen Maßnahmen der beiden Konjunkturpakete bekannt sind, werden diese im Folgenden mit den zuvor definierten Effizienzkriterien abgeglichen. Anhand dieser Ergebnisse wird abschließend eine Gesamtbewertung der deutschen Konjunkturpolitik in der Finanzkrise durchgeführt. Das hierbei verwendete Bewertungssystem orientiert sich am bekannten Schulnotensystem und wird durch Sterne visualisiert. Erfüllen die Konjunkturpakete ein Effizienzkriterium ohne Kritikpunkte, gilt dieses Kriterium als sehr gut erfüllt und wird mit 5 Sternen bewertet. Werden die Anforderungen dagegen ungenügend erfüllt, findet eine Bewertung mit 0 Sternen statt.

##### **4.1 Konjunkturpolitik muss schnell wirken**

Wie erläutert ist für den Erfolg von Konjunkturpolitik in einer Krise Wirkungsschnelligkeit entscheidend. Um dem angesprochenen „time lag“ entgegenzuwirken, sind also richtiges Timing, kurzfristige Umsetzbarkeit und eine schnelle Wirkungsentfaltung wichtig. Diese drei Bedingungen werden nun in dieser Reihenfolge geprüft.

Um das Timing der Bundesregierung beurteilen zu können, muss zunächst geklärt werden, wann die Finanzkrise Deutschland erreicht hat und somit ein Handeln der Bundesregierung erforderlich wurde. Bereits anfang 2008 belasteten die Folgen der US-Immobilienkrise die Weltwirtschaft und die USA steuerte auf eine Rezession zu. Ende Januar 2008 einigten sich der US-Kongress und das Weiße Haus auf ein Konjunkturprogramm über 150 Milliarden Dollar. Mit dieser Konjunkturlilfe sollte die lahmende US-Wirtschaft unterstützt werden. Dies war auch von besonderer Bedeutung für Deutschland, denn die US-Wirtschaft hat einen enormen Einfluss auf die Volkswirtschaften im Rest der Welt.<sup>96</sup> Doch zu diesem Zeitpunkt wurden die Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft noch unterschätzt. Erst nachdem Mitte März 2008 Josef Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, für staatliche Hilfen zur Überwindung der Finanzkrise plädiert hatte, ist eine Debatte um mögliche Konsequenzen aus der weltweiten Finanzmarktkrise entstanden. Doch zu diesem Zeitpunkt lehnte die Bundesregierung einen staatlichen Eingriff noch ab. So verkündete sie nach einer Kabinettsitzung am Mittwoch, dem 19.03.2008 durch den stellvertretenden Regierungssprecher Thomas Steg, dass für alle Kabinettsmitglieder klar sei, dass in Deutschland keine Maßnahmen ergriffen werden müssten.<sup>97</sup> Nur kurze Zeit

<sup>96</sup> Vgl. Spiegel Online (2008), 1.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>97</sup> Vgl. Manager Magazin (2008), 1.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

später meldete sich der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zu Wort und warnte ebenfalls vor den Folgen der Finanzmarktkrise, die er als eine der größten Finanzkrisen in den letzten Jahrzehnten bezeichnete. Nachdrücklich plädierte er für ein Eingreifen der Politik zum Schutz der deutschen Wirtschaft.<sup>98</sup> Doch der Respekt vor der höchsten Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung und vor der Gefahr, dass die Konjunkturspritzen zu diesem frühen Zeitpunkt verpuffen könnten, ließ die Bundesregierung weiter abwarten. Währenddessen wurde der Druck innerhalb Europas immer größer. In Frankreich und Großbritannien war die Wirtschaftskrise bereits schärfer ausgebrochen als in Deutschland und anderen Staaten. So beschloss die EU-Kommission am 11.12.2008 ein europäisches Konjunkturpaket im Umfang von 200 Milliarden Euro, von dem 30 Milliarden Euro durch bereits beschlossene europäische Programme abgedeckt wurden. Der größere Teil von 170 Milliarden Euro sollte durch nationale Konjunkturprogramme der Mitgliedsstaaten abgedeckt werden.<sup>99</sup> Die Hauptaufgabe des europäischen Konjunkturpakets bestand also in der Koordinierung der einzelnen Maßnahmen der Mitgliedstaaten, um dadurch die Gesamtwirkung zu verstärken. Für die Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte das jedoch nebensächlichen Charakter, denn bereits seit dem 05.11.2008 war das erste Maßnahmenpaket der Bundesregierung in einer Größenordnung von 120 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010 verabschiedet worden.<sup>100</sup> Die Bundesregierung war damit nicht nur der EU-Kommission ein Stück voraus, sondern auch Großbritannien und Frankreich, die zuvor noch auf Schnelligkeit bedacht waren. In Frankreich beispielsweise wurde das von Präsident Nicolas Sarkozy lange angekündigte Konjunkturpaket in Höhe von 26 Milliarden Euro erst am 13.01.2009 durch die französische Nationalversammlung beschlossen.<sup>101</sup> In Großbritannien dagegen war zwar auch im November 2008 ein erstes Konjunkturpaket in Höhe von 20 Milliarden Pfund (23 Milliarden Euro) aufgelegt,<sup>102</sup> jedoch hieß es bereits zu Beginn 2009 wieder: „Die Regierung wird in den kommenden Wochen Pläne für ein Konjunkturprogramm vorstellen, um der verschärften Rezession im Lande entgegenzutreten.“<sup>103</sup> Dieser Ankündigung folgte bereits eine Woche später der nächste Handlungsbeweis der Bundesregierung. Sie beschloss das zweite deutsche Konjunkturpaket mit einem Umfang von weiteren 50 Milliarden Euro.<sup>104</sup>

---

<sup>98</sup> Vgl. Associated Press (2008), S. 21.

<sup>99</sup> Vgl. Crolly/Schiltz (2008), S. 3.

<sup>100</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - a), 1.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>101</sup> Vgl. Pool (2009), S. 7.

<sup>102</sup> Vgl. Wittmann (2009), S. TCPL303.

<sup>103</sup> Schulz (2009), 1.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>104</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 - a), 2.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

Somit hat die deutsche Bundesregierung ein gutes Timing bewiesen. Als die ersten Auswirkungen der Finanzkrise in der Bundesrepublik zu spüren waren und kontroverse Debatten entfachten, war sie um Ruhe bedacht und entschied sich gegen voreilige Handlungen. Nachdem ein erster Eindruck über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Deutschland möglich war, hat die Bundesregierung Handlungsschnelligkeit bewiesen, was anderen Ländern, wie es Großbritannien und Frankreich zeigen, nicht geglückt ist.

Jedoch stellt ein gut getimter Verabschiedungszeitpunkt der Konjunkturpakete nur dann einen Vorteil für die deutsche Wirtschaft da, wenn für die beschlossenen Maßnahmen eine zeitnahe Umsetzung möglich ist. Besondere Bedeutung hat dies zweifelslos für die Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen. In einer Krise brechen bei vielen Unternehmen die Umsätze ein. Diese Unternehmen sind dann gezwungen ihre Ausgaben zu senken, da finanzielle Reserven schnell aufgebraucht sind. Durch das hohe Niveau bei Lohn- und Lohnnebenkosten in Deutschland stellen die Personalkosten oftmals den größten Kostenfaktor da.<sup>105</sup> Dadurch wird eine flexible, auftragsorientierte Personalplanung erforderlich. Doch der hohe Arbeitnehmerschutz in Deutschland gestaltet dies schwierig und Massenentlassungen drohen. Mit der Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld hat die Bunderegierung eine Maßnahme beschlossen, die sofort genutzt werden konnte und dabei hilft, dass die Unternehmen ihre Belegschaft auch in Krisenzeiten behalten können. Mit der Neubesetzung von 1.000 zusätzlichen Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit und dem Ausbau des Sonderprogramms WeGebAU enthalten die Konjunkturpakete weitere Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die sofort umgesetzt werden können. Der niedrigere Eingangsteuersatz, der erhöhte Grundfreibetrag und der verdoppelte Steuerbonus bei der Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen entlasten die Bürgerinnen und Bürger rückwirkend seit dem 01.01.2009. Die Bezuschussung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und die Einmalzahlung an alle Kindergeldbezieher von 100 Euro je Kind erfolgten bis spätestens Mitte 2009. Auch bei den Unterstützungen für die Unternehmen wurde auf Schnelligkeit geachtet. So konnten sowohl die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten, als auch die verbesserten Finanzierungselemente der KfW seit Jahresbeginn 2009 genutzt werden. Ähnliches ist bei den Förderungen zum Investitionsverhalten der Wirtschaftssubjekte zu beobachten. Durch die Aufstockung von bereits bestehenden Innovationsprogrammen, Steuerneuregelungen und Einmalzahlungen beim Kauf eines Neu- oder Jahreswagen konnte eine schnelle Realisie-

---

<sup>105</sup> Vgl. Haak (2005), S. 95.

nung gelingen. Doch nicht bei allen beschlossenen Maßnahmen ist eine kurzfristige Umsetzung möglich. Dies galt insbesondere für die Investitionen der öffentlichen Hand. Hier hat die Bundesregierung mit zusätzlichen 14 Milliarden Euro einen Schwerpunkt gesetzt, der sich zeitnah kaum umsetzen lässt. Auch wenn durch die Lockerung des strengen Vergaberechts versucht wurde, kurzfristige Aufträge für die Bauwirtschaft zu sichern, war eine schnelle Umsetzung schwierig. Denn Investitionen in der Bauwirtschaft brauchen mit Planung, Ausschreibung und Auftragsvergabe einen langen Vorlauf.<sup>106</sup> So erfolgten die ersten nennenswerten Investitionen durch die öffentliche Hand erst im Jahr 2010.

Nachdem die Bundesregierung ein gutes Timing gezeigt hat, konnte sie bei der Ausarbeitung des Hilfspakets durch Ausweitungen von bereits bestehenden Programmen, Änderungen bei Steuern und Sozialabgaben und sofortigen Einmalzahlungen auch auf eine schnelle Umsetzbarkeit achten. Lediglich die Unterstützungen der Bauwirtschaft durch Investitionen in die Infrastruktur konnten nicht im ersten Halbjahr 2009 umgesetzt werden. Dies liegt jedoch nicht an einem schlecht geplanten Hilfspaket, sondern ist der natürlichen Planungszeit von Bauinvestitionen geschuldet.

Zuletzt ist für den Erfolg von Konjunkturpaketen entscheidend, wie schnell die umgesetzten Maßnahmen ihre Wirkungen entfalten. Damit die erzielten Wirkungen in der Realwirtschaft ankommen und einen positiven Effekt erzielen, sind zwei Voraussetzungen zu erfüllen. Zunächst müssen die Maßnahmen von Unternehmen und Bevölkerung akzeptiert und genutzt werden. Zum anderen darf der erzielte Nutzen nicht zu gering sein, sonst wird er von der Rezession gleich wieder "aufgefressen". Was dann übrig bleibt sind zusätzliche Kosten für Einführung und Verwaltung. Letzteres droht einer Vielzahl der kleineren Maßnahmen. So geht beispielsweise die Entlastung bei der Einkommenssteuer in die richtige Richtung, jedoch reicht sie nicht einmal aus, um die kalte Progression<sup>107</sup> für länger als zwei Jahre zu kompensieren und erzielt daher kaum Wirkung.<sup>108</sup> Auch andere Steuerentlastungen konnten sich 2009 auf die Konjunktur nicht wachstumsfördernd auswirken. So war die durch das Hilfspaket eingeführte degressive Abschreibung von der Bundesregierung bereits 2006 und 2007 zulässig. Diesen Investitionsanreiz haben damals viele Unternehmen genutzt, so dass es hierdurch nicht noch einmal zu nennenswerten Effekten kommen konnte. Die erhöhte Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen bei

---

<sup>106</sup> Vgl. Von Borstel (2008), S. 12.

<sup>107</sup> Wenn Lohnerhöhungen so niedrig ausfallen, dass sie lediglich die Inflation ausgleichen, und gleichzeitig die Einkommenssteuersätze an die Inflationsrate nicht angepasst werden, entsteht eine Mehrbelastung für die Arbeitnehmer. Diese Steuer Mehrbelastung wird kalte Progression genannt.

<sup>108</sup> Dies ergab eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) vom Februar 2009, veröffentlicht im Spiegel Online am 19.02.2009 im Artikel: "Experten halten Konjunkturpaket II für wirkungslos".

Instandhaltungs- oder Modernisierungsmaßnahmen dagegen hat wahrscheinlich keinen großen zusätzlichen Nachfrageimpuls ausgelöst, da die Steuerentlastungen erst bei der Steuererklärung im Jahr 2010 anfallen.<sup>109</sup> Diese Maßnahmen sind also für eine schnelle Wirkungsentfaltung in der Hochphase der Krise ungeeignet. Ebenfalls ohne schnelle Wirkung sind die milliarden schweren Kreditprogramme der Bundesregierung zur Stützung der Wirtschaft mangels Nachfrage geblieben. Mehr als schleppend verlief hier der Start. Nach vier Monaten waren lediglich fünf Prozent des zur Verfügung gestellten Gesamtvolumens von 40 Milliarden Euro abgerufen. Eine noch geringere Akzeptanz erfuhr nur das Kernelement des zweiten Konjunkturpakets. Das staatliche Investitionsprogramm der öffentlichen Hand über 14 Milliarden Euro erzeugte zunächst keinerlei Interesse. Im ersten Quartal 2009 wurde durch das Investitionspaket des Bundes lediglich Aufträge im Wert von 90 Millionen Euro vergeben worden. Bei einem Gesamtvolumen von vier Milliarden Euro vernachlässigend gering. Beim Zukunftsinvestitionsprogramm für die Kommunen ist im selben Zeitraum kein einziger Euro abgeflossen.<sup>110</sup> Hier hatte die Bundesregierung erwartet, dass mehr als die Hälfte der Mittel bereits 2009 fließen würden. Das war eine klare Fehleinschätzung, denn Mitte November 2009 waren erst 643 Millionen Euro an Bundesmitteln aus dem Fonds geflossen. Das entspricht weniger als 6,5 Prozent.<sup>111</sup> Gründe hierfür lassen sich exemplarisch am Bundesland Hamburg feststellen. Obwohl der Senat fast 600 Millionen Euro investieren wollte und hierbei der Schwerpunkt im Jahre 2009 liegen sollte, waren Mitte Februar nur rund 10 Prozent aus dem Investitionsprogramm ausgegeben. Das Problem bestand also nicht im mangelnden Interesse, sondern wie bereits festgestellt im zeitintensiven Umsetzungsprozess. Wie vermutet konnten die behördlichen Bauvorhaben nicht vorgezogen werden, weil sie noch gar nicht geplant waren oder weil die Ausschreibungen länger gedauert haben als angenommen.<sup>112</sup> Es gab aber auch viele Maßnahmen in den Konjunkturpaketen, die von den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wurden. So wurde beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit mit Anmeldungen für Kurzarbeit förmlich überhäuft. Bis Mai 2009 waren bereits 2,6 Millionen Anmeldungen eingegangen.<sup>113</sup> Die Unternehmen nahmen also die Möglichkeit die betriebsinterne Flexibilität zu erhöhen dankend an. Hierdurch konnten Entlassungs- und Wiedereinstellungskosten für Unternehmen vermie-

---

<sup>109</sup> Vgl. Von Borstel (2008), S.12.

<sup>110</sup> Vgl. Afhüppe /Stratmann (2009), S. 1.

<sup>111</sup> Vgl. Kaiser (2010), S. 19.

<sup>112</sup> Vgl. Scholz (2010) S. 8.

<sup>113</sup> Vgl. Creutzburg (2009 – b), S. 4.

den werden und das Sozialsystem wurde nicht weiter belastet. Auch die Abwrackprämie wurde von der Bevölkerung schnell akzeptiert und intensiv genutzt. Bereits kurz nach der Verabschiedung pendelte sich das Niveau bei circa 5.000 Prämienanträgen täglich ein. Schnell war der Bundesregierung klar, dass die zunächst veranschlagten 1,5 Milliarden Euro nicht ausreichen würden und erhöhte das Budget um weitere 3,5 Milliarden Euro.<sup>114</sup> Für die in der Krise stark gebeutelte Autobranche war das ein Segen. In den ersten 7 Monaten des Jahres 2009 stiegen die Autoverkäufe um mehr als 26 Prozent auf 2,4 Millionen Stück an. Zwei von drei Neuzulassungen waren hierbei Fabrikate deutscher Autohersteller.<sup>115</sup> Mit der Aufstockung des CO<sup>2</sup>-Gebäudesanierungsprogramms war eine weitere Maßnahme zur Förderung des Konsums von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich. Allein im Jahr 2009 hat der Staat die Familien mit 2,2 Milliarden Euro gefördert. Damit wurden private Investitionen von 18,335 Milliarden Euro befördert.<sup>116</sup> Von diesen Bauaufträgen haben insbesondere die örtlichen Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand profitiert. Laut der Bundesregierung wurden hierdurch in diesem Jahr 290.000 Arbeitsplätze gesichert oder neugeschaffen.<sup>117</sup> Neben eingesparten Transferleistungen für vermiedene Arbeitslosigkeit hat dieses Programm für den Staat einen weiteren Vorteil. Er nimmt allein über die gezahlte Mehrwertsteuer mehr ein, als er an Förderung ausreicht.

Die Maßnahmen der Konjunkturpakete konnten also ganz unterschiedlich ihre Wirkungen entfalten. Während vor allem die staatlichen Investitionsprogramme zur Stützung der Konjunktur im Jahr 2009 kaum helfen konnten, erwiesen sich die Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und vor allem die Maßnahmen zur Ankurbelung des privaten Konsums als effektive Förderinstrumente des Bundes. Hierdurch hatten die deutschen Haushalte im vergangenen Jahr 20 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als im Vor-Krisenjahr 2008. Da die Sparquote unverändert bei 11,3 Prozent verharrte, ist davon auszugehen, dass die Bürger den Großteil des zusätzlichen Geldes ausgegeben haben.<sup>118</sup>

Das Fazit der Prüfung des ersten Effizienzkriteriums fällt gemischt aus. Nachdem die Bundesregierung ein gutes Timing bewiesen hat, konnten die Maßnahmen größtenteils auch schnell umgesetzt werden. Viele der umgesetzten Maßnahmen zeigten eine schnelle Wirkung und halfen dabei die Wirtschaft zu stabilisieren. Doch konnte nicht das ganze Konjunkturpaket schnell wirken. Insbesondere die Investitionsprogramme blieben hinter

---

<sup>114</sup> Vgl. Deutsche Presse-Agentur GmbH (2009), S. 15.

<sup>115</sup> Vgl. Dalan (2009), S. 9.

<sup>116</sup> Vgl. Künast/Trittin (2010), Gliederungspunkt I (siehe Internetverzeichnis).

<sup>117</sup> Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010), 4.Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>118</sup> Vgl. Kaiser (2010), S. 19.

den Erwartungen zurück und bergen jetzt eine weitere Gefahr. Verspätet umgesetzte Milliardeninvestitionen von Bund, Ländern und Kommunen können im kommenden Wirtschaftsaufschwung zu einem nachfrageinduzierten Preisauftrieb führen. Hierdurch drohen Bauprojekte der privaten Wirtschaftssubjekte verdrängt zu werden, was das Wirtschaftswachstum abbremsen würde. Dieses Problem hätte im Vorfeld erkannt werden müssen und führt zu einem klaren Abzug bei der Bewertung der Wirkungsschnelligkeit. Jedoch sollte dies nicht davon ablenken, dass die Bundesregierung vor allem mit der Kurzarbeiterregelung und den Förderinstrumenten des privaten Konsums schnellwirkende Maßnahmen zur Wirtschaftsstabilisierung beschlossen hat. Das erste Effizienzkriterium wurde also mit Abstrichen gut erfüllt.



#### **4.2 Effektive Konjunkturpolitik besteht aus einem ausgewogenen Maßnahmenportfolio**

Das zweite herausgearbeitete Kriterium für eine effektive Konjunkturpolitik befasst sich mit der Zusammensetzung der fiskalpolitischen Instrumente. Am Beispiel des Investitionsprogramms der öffentlichen Hand wurde gezeigt, dass jede einzelne Maßnahme das Risiko besitzt nicht ausreichend zu wirken. Deshalb verspricht ein ausgewogenes Maßnahmenportfolio für die Wirtschaft den größten Stabilisierungserfolg. Die Schwierigkeit hierbei ist es zwischen Steuersenkungen und erhöhten Staatsausgaben ein Gleichgewicht zu erhalten, ohne dass die Hilfspakete durch eine Fülle von Einzelmaßnahmen zersplittern.

Insbesondere letzteres kritisierten einige Ökonomen bereits am ersten Hilfspaket der Bundesregierung, das sich aus 15 Einzelmaßnahmen zusammensetzte.<sup>119</sup> So bezog der Ökonom Thomas Mayer<sup>120</sup> in einem Interview mit dem Spiegel eine klare Position. Für ihn war das Paket in den Einzelheiten zu zersplittert und die Maßnahmen für sich zu

<sup>119</sup> Vgl. Von Borstel (2008), S. 12.

<sup>120</sup> Thomas Mayer ist Chefökonom bei der Deutschen Bank. Zuvor arbeitete er für den Internationalen Währungsfonds (IWF), die US- Investmentbanken Goldman Sachs und Salomon Brothers sowie für das Kieler Institut für Weltwirtschaft.



klein. Er befürchtete, dass es keine nennenswerte Wirkung auf die Konjunktur haben würde.<sup>121</sup> Zusammen besitzen beide Konjunkturpakete siebzehn Einzelmaßnahmen mit jeweils einem Volumen von weniger als einer Milliarde Euro. Trotzdem werden nur die wenigsten Wirtschaftssubjekte behaupten können, sie hätten von den Maßnahmen nichts mitbekommen. Denn für die so wichtige psychologische Wirkung der Konjunkturprogramme gab es eine Reihe von medienwirksamen Maßnahmen, durch welche die Wirtschaftssubjekte Mut fassen konnten wieder Geld auszugeben. Exemplarisch hierfür sind die Kurzarbeiterregelung, die sogenannte „Abwrackprämie“, der „Kinderbonus“ und Erleichterungen bei den Sozial- und Steuerabgaben zu nennen. Hierdurch konnte in der Wirtschaft das Gefühl erzeugt werden, dass etwas „geschieht“. Wie der Ökonom Gerhard Willke beschreibt, ist dieses Signal ausschlaggebender, als der Wert jeder einzelnen Konjunkturmaßnahme.<sup>122</sup> Somit führt die Gefahr, dass einzelne Maßnahmen in der Menge der beschlossenen Instrumente untergehen, nur zu einem geringen Abzug bei der Bewertung. Von diesem hätte sogar abgesehen werden können, wenn es der Bundesregierung besser gelungen wäre, die Bevölkerung und die Unternehmen über die einzelnen Maßnahmen flächendeckend zu informieren.

Einen weiteren Grund für eine Abwertung gibt es nicht, denn bei der Auswahl der Instrumente ist der Bundesregierung durchaus ein ausgewogenes Maßnahmenportfolio gelungen. So bietet der Staat den Unternehmen mit der Kurzarbeiterregelung und dem Ausbau des Sonderprogramms WeGebAU effektive Möglichkeiten, die Lohnkosten zu senken und dadurch Arbeitsplätze zu sichern. Durch verbesserte Abschreibungsregelungen werden bei Investitionen in Wirtschaftsgüter Steuervorteile möglich und durch Instrumente der KfW wird die dafür benötigte Finanzierung bezuschusst. Auch das Auslandsgeschäft wird mit der Ausweitung der Hermesdeckung gezielt unterstützt. Durch verbesserte Möglichkeiten der bundesgedeckten Exportfinanzierung können die wirtschaftlichen Risiken bei Auslandsgeschäften für Unternehmen minimiert werden. Für eine exportabhängige Volkswirtschaft wie Deutschland ist das in einer Wirtschaftskrise sehr wichtig. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand werden sogar Forschungs- und Innovationsanstrengungen für Unternehmen mitten in der Krise möglich, denn die Förderung des Staates liegt bei bis zu 50 Prozent. Auch bei der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger wurde die gesamte Bandbreite der fiskalpolitischen Instrumente genutzt. Durch einen geringeren Einkommenssteuersatz und verringerte Sozialabgaben steht Arbeitnehmern

---

<sup>121</sup> Vgl. Gewalt/Pröbstl (2008), S. 16 f.

<sup>122</sup> Vgl. Müller (2009), S. 9.

und Rentnern mehr Einkommen zur Verfügung. Mit Einmalzahlungen wie dem Kinderbonus und der „Abwrackprämie“ wird gezielt der Konsum gefördert. Ein verdoppelter Steuerbonus bei der Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen und eine Ausweitung des CO<sup>2</sup>- Gebäudesanierungsprogramms begünstigen Investitionen in das Eigentum. Mit dem Ausbau des schnellen Internets zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandort Deutschland und den Investitionspaketen der öffentlichen Hand werden die Konjunkturpakete abgerundet. Durch die Investitionsschwerpunkte Bildung und Infrastruktur sollen kurzfristig Aufträge für die Bauwirtschaft geschaffen und langfristig die Grundlage für neue Arbeitsplätze, Innovationen und eine bessere, soziale Infrastruktur gelegt werden.

Die Bundesregierung hat auf die Auswirkungen der Finanzkrise mit einem sehr ausgewogenen Hilfspaket reagiert. Die beiden Konjunkturpakete enthalten die unterschiedlichsten Maßnahmen. Durch Steuerentlastungen, staatliche Investitionen, Finanzierungsinstrumente, Einmalzahlungen, Kurzarbeiterregelung und die weiteren Maßnahmen ist ein ausgewogenes Maßnahmenportfolio gelungen. Nur die Gefahr, dass kleinere Maßnahmen in der großen Masse der Instrumente untergehen, verhindert eine Bestbewertung.

#### Maßnahmenportfolio



### 4.3 Konjunkturpolitik braucht ein angemessenes Volumen

Für den Stabilisierungserfolg der rezessiven Wirtschaft in der Finanzkrise ist ein angemessenes Volumen der Konjunkturpakete ausschlaggebend. Wie vorhin herausgearbeitet wurde, führt eine Überdimensionierung zu einer nachfragebedingten Preissteigerung und bei einer zu geringen Dosierung würde die konjunkturelle Wende ausbleiben. Hierbei wird der Empfehlung des IWF gefolgt. Ein jährliches Volumen von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verspricht den größten Erfolg und gilt als Richtwert dieses Effizienzkriteriums.

Damit die Konjunkturpakete nur in der Krise und nicht auch noch im anschließenden Wirtschaftsaufschwung wirken, hat die Bundesregierung viele der Maßnahmen zunächst auf zwei Jahre befristet. In diesen zwei Jahren unterstützen die Konjunkturpakete die

deutsche Wirtschaft mit einem Gesamtvolumen von 3,5 Prozent des BIP. Somit liegt die jährliche Leistung von 1,75 Prozent des BIP unter dem empfohlenen Volumen. Würde man an dieser Stelle ein Fazit schließen, wäre es durchaus noch gut ausgefallen. Das Volumen des Hilfspakets erreicht den Richtwert zwar nicht ganz, doch es ist durchaus in einer ordentlichen Größenordnung verabschiedet. Doch diese Schlussfolgerung wäre voreilig gezogen, denn sie würde auf einer oberflächlichen Prüfung basieren. Wie zuvor beim Abgleich mit dem Effizienzkriterium Wirkungsschnelligkeit festgestellt, erzielen einige Maßnahmen in den relevanten Krisenjahren 2009 und 2010 nicht die gewünschte Wirkung. Dies ist bei der Überprüfung des Volumens zu berücksichtigen.

Den größten Anteil an den Konjunkturpaketen hat mit jährlich 1 Prozent des BIP die Stärkung der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger. Hier drin enthalten sind unter anderem die Einkommenssteuersenkung, die verringerten Sozialbeiträge und der Kinderbonus. Diese Maßnahmen entfalten bereits in den beiden Krisenjahren ihre volle Wirkung und werden deshalb ohne Einschränkung berücksichtigt. Auch die sektorspezifischen Hilfen, wie die „Abwrackprämie“ zur Stützung der Automobilindustrie, die spezielle Förderung von kleinen und mittleren Betrieben durch veränderte Abschreibungsregelungen und die verbesserten Finanzierungsbedingungen für kleine und große Unternehmen durch Kreditprogramme werden in der Krise angenommen und tragen daher zur Stabilisierung bei. Ihr Anteil sind für beide Jahre 0,5 Prozent des BIP. Ebenso ausgiebig genutzt werden die Instrumente zur Stützung des Arbeitsmarkts, die einen Anteil von 0,25 Prozent des BIP haben. Diese fiskalpolitischen Maßnahmen wirken antizyklisch und leisten dadurch ihren Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft in den Krisenjahren 2009 und 2010. Jedoch werden in den Hilfspaketen für diese Jahre auch 20 Milliarden Euro für die staatlichen Investitionsprogramme bereitgestellt. Das sind rund 0,75 Prozent des BIP.<sup>123</sup> Der überwiegende Teil dieser Investitionstätigkeiten entfaltet seine Wirkung verspätet und wird dadurch nicht zur Gesundung der deutschen Konjunktur beitragen. Hierdurch begründet wird das Gesamtvolumen der Konjunkturpakete, die in den zwei Jahren wirklich die deutsche Wirtschaft unterstützen, für die Bewertung des dritten Effizienzkriteriums auf 2,75 Prozent des BIP korrigiert.

Somit liegt die jährliche Leistung bei unter 1,4 Prozent des BIP. Für die deutsche Wirtschaft mit ihrer starken Exportorientierung und Spezialisierung auf Investitionsgüter ist

---

<sup>123</sup> Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2009), 2. Gliederungspunkt (siehe Internetverzeichnis).

das in einer globalen Krise zu wenig. Somit wird das dritte Effizienzkriterium nur mit ausreichend bewertet.



#### **4.4 Die beschlossenen Konjunkturmaßnahmen müssen reversibel sein**

Eine derartig tiefgreifende globale Finanzkrise ist eine Ausnahmesituation, auf welche die Bundesregierung mit einer „Ausnahmekonjunkturpolitik“ geantwortet hat. Ist die Krise überstanden, muss der Staat diese fiskalpolitischen Anstrengungen wieder zurückfahren, damit die Pläne zur Haushaltskonsolidierung und die alltäglichen wirtschaftspolitischen Ziele wieder verfolgt werden können. Hierfür müssen die in der Krise beschlossenen Konjunkturmaßnahmen reversibel sein. Dies schließt zwei Bedingungen ein: Durch die Konjunkturpakete dürfen keine allokativen Verzerrungen und keine hohen Kosten in den Folgejahren entstehen.

Insbesondere unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit ist letzteres bedeutsam. Schließlich ist die heutige Jugend sowieso schon die leidtragende Generation, denn sie muss später die jetzt aufgenommenen Kredite zurückzahlen. Und das ist nicht wenig. Alleine für das Jahr 2010 erwartete der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine Rekordverschuldung von 80,2 Milliarden Euro.<sup>124</sup> Bei den meisten fiskalpolitischen Instrumenten der Konjunkturpakete werden keine weiteren Folgekosten anfallen. Kinderbonus und Abwrackprämie sind Einmalzahlungen. Die Kurzarbeiterregelungen, verbesserte Finanzierungsbedingungen und Innovationsförderungen sind zeitlich befristet. Verringerte Steuersätze oder niedrigere Sozialbeiträge können wieder problemlos auf das Vorkrisenniveau angepasst werden. Nur bei den öffentlichen Investitionen besteht die Gefahr von unerwünschten Folgekosten, denn wofür das Geld verwendet wird, entscheiden die Kommunen autark. Werden die Fördersummen beispielsweise für den Bau von Umgehungsstraßen oder von Prestigeobjekten verwendet, können hohe Instandhaltungskosten in der Zukunft entstehen. Doch es geht auch anders. Nutzen die Kommunen stattdessen die Gelder für zukunftsorientierte Bauprojekte, können aus diesen Investitionen

<sup>124</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2010), 2. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

zukünftig sogar Erträge generiert werden. So würde beispielsweise die energetische Sanierung von Schulen den Kommunen langfristig zugutekommen, denn eine sanierte Schule spart Unterhaltskosten und ist zudem auch noch umweltfreundlicher. Da für diese öffentlichen Investitionen ein Anteil von etwa 22 Prozent der Bundesmittel aus den Konjunkturpaketen bestimmt ist,<sup>125</sup> bleibt zu hoffen, dass die Gelder sinnvoll investiert werden. Denn Investitionen in die Zukunftsbereiche Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz zeigen nicht nur eine schnelle Wirkung, sondern sie stärken Deutschland auch für zukünftige Herausforderungen. Handeln die Kommunen also im öffentlichen Interesse und somit dem Wohl der Gesellschaft dienlich, werden durch die Konjunkturpakete keine Folgekosten entstehen. Dies ist für den Großteil der investierten Summen zu erwarten. Somit findet bei der Bewertung dieses Effizienzkriteriums kein durch hohe Folgekosten begründeter Abzug statt. Um Missverständnissen vorzubeugen, wird an dieser Stelle noch mal darauf hingewiesen, dass die zusätzliche Staatsverschuldung für die Initiierung der Konjunkturpakete mangels Alternativen bei der Prüfung der Effizienzkriterien nicht berücksichtigt wird.

Die größere Gefahr für bleibende Veränderung in der deutschen Wirtschaftsstruktur geht von dem Problem der allokativen Verzerrung aus. Wie bei der Prüfung des vorigen Effizienzkriteriums beschrieben, enthalten die Konjunkturpakete in den Jahren 2009 und 2010 sektorspezifische Hilfen mit einem Volumen von 0,5 Prozent des BIP. Das sind etwa 13,5 Milliarden Euro. Diese Maßnahmen unterstützen gezielt einzelne Branchen, die von der Wirtschaftskrise besonders getroffen wurden. Das birgt ein hohes Risiko von Wettbewerbsverzerrungen zugunsten dieser Branchen. In diesem Fall wären die Konjunkturmaßnahmen nicht reversibel. Die Hilfspakete hätten auf das natürliche Marktgeschehen über die Krise hinaus Auswirkungen und würden es dadurch langfristig aus dem Gleichgewicht bringen. Dies wäre auch mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, auf dessen Basis das Bundeskartellamt auf einen funktionierenden und ungehinderten Wettbewerb achtet, nicht vereinbar. Die größte Gefahr von Wettbewerbsverzerrung beinhaltet die Abwrackprämie, welche gezielt den Kauf von Neu- oder Jahreswagen fördert. Hierdurch werden nicht nur Begehrlichkeiten in anderen Branchen geweckt, sondern es entstehen auch Probleme innerhalb der Autobranche. Wer für sein altes Auto unabhängig vom tatsächlichen Wert garantiert 2.500 Euro bekommt, zögert nicht es verschrotten zu lassen. Dadurch fehlen dem Gebrauchtwagenmarkt zukünftig die Fahrzeuge,

---

<sup>125</sup> Vgl. Die Bundesregierung (2009), 4. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

da nur junge Gebrauchtwagen übrig bleiben. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das gesamte Gebrauchtwagengewerbe. So ist laut Branchenverband Arbeitsgemeinschaft Alt-auto der Absatz im Automarkt bis 5.000 Euro bereits bis Mitte August 2009 um 80 Prozent eingebrochen. Dadurch droht zahlreichen Gebrauchtwagenhändlern die Insolvenz. Zudem spricht der Verbandsgeschäftsführer Gottfried Höll von 60.000 Kfz-Schlossern, die vor der Arbeitslosigkeit stehen.<sup>126</sup> Auch im Gebrauchtteilehandel entstehen Probleme. Die Schrottplätze stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen und in Folge dieses Überangebots von gebrauchten Teilen sinken die Preise erheblich. Für die Kfz-Werkstätten und Abschleppdienste gehen die Branchenexperten ebenfalls von erheblichen Umsatzrückgängen aus, denn durch die Abwrackprämie landet eine ganze Generation an reparaturanfälligen Autos in der Schrottpresse.<sup>127</sup> Weitere Wettbewerbsverzerrungen können von der erhöhten Absatzbarkeit von Handwerkerrechnungen ausgehen. Hierbei handelt es sich eher um die Ausweitung einer steuersystematisch falschen branchenspezifischen Subvention, als um eine konjunkturstabilisierende Maßnahme. Schließlich dürfte der zusätzliche Nachfrageimpuls 2009 eher gering sein, da die Steuerentlastungen erst bei der Steuererklärung im Jahr darauf anfallen. Sogar in Maßnahmen, die nicht auf den ersten Blick branchenspezifisch subventionieren, sehen Kritiker Gefahrenpotenzial. So warnen sie im Gesundheitssystem vor einer massiven Wettbewerbsverzerrung. Denn der Bund bezuschusst die gesetzlichen Krankenkassen mit insgesamt 9 Milliarden Euro, damit diese den Beitragssatz von 15,5 Prozent auf 14,9 Prozent verringern können. Die privaten Krankenkassen dagegen gehen leer aus. Dadurch werden 8,6 Milliarden Privatversicherte von der Hilfe ausgegrenzt, obwohl sie als Steuerzahler zur Finanzierung der Konjunkturpakete beitragen. Hierdurch befürchten die privaten Krankenkassen einen Wechsel ihrer Versicherten in die gesetzlichen Krankenkassen.<sup>128</sup> Der Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber ANGA befürchtet sogar im gezielten Ausbau des VDSL-Netzes für alle Haushalte der Bundesrepublik eine Wettbewerbsverzerrung. Denn in vielen kleinen Gemeinden gibt es bereits Kabelanschlüsse, die sich aber nur ohne staatlich subventionierte Konkurrenz wirtschaftlich betreiben lassen. Die Kabelnetzbetreiber haben in den letzten Jahren Milliardensummen in die Modernisierung und den Ausbau ihrer Kabelnetze investiert. Die Refinanzierung dieser Investitionen steht durch die staatlich geförderte Konkurrenz nun auf der Kippe, obwohl das Kabel die Anforderungen der Politik an eine zukunftssichere breitbandige

---

<sup>126</sup> Vgl. Höll (2009), S. 4.

<sup>127</sup> Vgl. Klingelschmitt (2009), S. 2.

<sup>128</sup> Vgl. Dams (2008), S. 12.

Versorgung erfüllt. Somit greift die Politik in diesen funktionierenden Markt ein und verändert ihn langfristig.<sup>129</sup>

Diese Beispiele zeigen ein Problem der Konjunkturpakete auf. Einige Maßnahmen verzerren nachhaltig den Markt zu Gunsten einzelner Branchen und zu Lasten der anderen Marktteilnehmer. Im günstigen Fall weckt dies nur Begehrlichkeit und Unmut in den vernachlässigten Marktsegmenten. Im ungünstigen Fall werden hierdurch Unternehmen in die Insolvenz getrieben. Beispielhaft hierfür steht die Abwrackprämie. Eine Maßnahme, die den Neuwagenabsatz fördert und dadurch die Automobilhersteller in der Krise unterstützen soll, nimmt den Unternehmen, die vom Geschäft mit älteren Autos leben, die Existenzgrundlage. Hierdurch wurde dem Gebrauchtwagenmarkt für die nächsten Jahre seine eigene Krise geschenkt. Solche Marktverzerrungen bleiben langfristig bestehen. Die Konjunkturpakete sind also nicht reversibel, da einige Instrumente den Wettbewerb über die Krise hinaus beeinflussen. Das vierte Effizienzkriterium wird hierdurch nur mangelhaft erfüllt.

#### Reversibilität



#### 4.5 Gesamtbewertung

Nachdem Angela Merkel sich im Herbst 2008 ausladenden Konjunkturprogrammen verweigert hatte, bekam sie quer durch die europäische Presse den Titel "Madame No". Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy gab seinem Unmut freien Lauf und stichelte mit der wenig diplomatischen Bemerkung, dass sein Land „handele“, während Deutschland „nachdenke“.<sup>130</sup> Doch das Ergebnis gab der Bundeskanzlerin Recht. Mit den beiden Konjunkturpaketen hat die Bundesregierung entschlossen auf die internationale Finanzkrise reagiert und bewies dabei sogar ein gutes Timing. Trotz Druck von anderen Regierungen wartete sie zunächst ab, analysierte die Situation und bewies zum Jahresende 2008 Handlungsschnelligkeit. Viele der beschlossenen Maßnahmen waren bereits zum 01.01.2009 umgesetzt, während andere Länder die nationale Wirtschaft noch immer mit Handlungs-

<sup>129</sup> Vgl. Dubsky (2009), 1. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>130</sup> Vgl. Krönig (2008), 1. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

parolen zu beruhigen versuchten. Doch wirkten nicht alle Maßnahmen der Bundesregierung wie gewünscht. Während Kurzarbeiterregelung, Abwrackprämie und Co. ihren Beitrag in der Krise leisteten, blieben insbesondere die Investitionsprogramme weit hinter den Erwartungen zurück und drohen nun im kommenden Wirtschaftsaufschwung verspätet zu wirken. Dies kann zu Problemen führen, ist jedoch für den Stabilisierungserfolg der Konjunkturpakete nicht ausschlaggebend. Die Wirtschaftssubjekte haben sehr wohl registriert, dass der Bundesregierung ein sehr ausgewogenes Hilfspaket gelungen ist. Hierdurch haben sie neuen Mut und Optimismus gefasst und sich aus der krisenbedingten Schockstarre gelöst. Der so wichtige positive psychologische Effekt ist also eingetreten und die Wirtschaft beginnt sich zu erholen. Eine Rezession mit anschließender Erholung der Konjunktur in V-Form wird jedoch schwierig zu erreichen sein. Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise sind ausgeprägt und das Gesamtvolumen der Maßnahmen zu gering. Das vom IWF empfohlene Volumen von jährlich 2 Prozent des BIP wurde deutlich verfehlt. Doch vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Staatsverschuldung kommt diese Zurückhaltung nicht überraschend, schließlich wollte ursprünglich die Bundesregierung im Jahr 2011 erstmals seit über vier Jahrzehnten einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen. So ließ die Bundeskanzlerin Angela Merkel keinen Zweifel, dass trotz der Hilfspakete das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verloren wird.<sup>131</sup> Der größte Kritikpunkt ist jedoch die massive allokativen Verzerrung, die insbesondere durch die sektorspezifischen Hilfen droht. Diese ist weder mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vereinbar, noch unter moralischen und ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll. Die Abwrackprämie ist hierfür das beste Beispiel. Der Staat hilft gezielt einem Branchenzweig auf Kosten anderer Marktteilnehmer und schafft dadurch unkalkulierbare Risiken. Solche Probleme führen bei der Bewertung der beiden gut strukturierten Konjunkturpakete zu einem Abzug. Somit sind die Effizienzkriterien an eine optimale Konjunkturpolitik in der Krise befriedigend erfüllt.

#### Gesamtbewertung



---

<sup>131</sup> Vgl. Siems u.a. (2008), S. 2.



## **5 Was haben die Konjunkturpakete bis heute bewirkt?**

Im Folgenden werden die Wirkungen der Konjunkturpakete auf die deutsche Wirtschaft analysiert. Hierzu wird eine Auswahl wichtiger Konjunkturindikatoren verwendet. Für jeden Indikator wird zunächst die Bedeutung für die Wirtschaft erläutert, dann auf den Aufbau eingegangen und schließlich die Entwicklung seit Beginn der Finanzkrise analysiert.

### **5.1 Ifo-Geschäftsklimaindex**

Zu den am meisten beachteten Wirtschaftsdaten des Euroraums gehört der Ifo-Geschäftsklimaindex. Er wird monatlich vom deutschen Ifo-Institut herausgegeben und hat sich als sehr guter Frühindikator für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den darauf folgenden Wochen erwiesen. Da auf Deutschland knapp ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung des Euroraums entfällt und Deutschland wegen seiner ausgeprägten industriellen Struktur und der hohen Exportquote als besonders zyklische Volkswirtschaft gilt, ist er allgemein auch für die Betrachtung der europäischen Wirtschaft interessant. Die Ergebnisse werden im gleichen Monat herausgegeben, in dem der Geschäftsbericht abgefasst wurde. Hierdurch ist die Aktualität der Daten stets gewährt, was ihn auch für Investoren interessant macht.<sup>132</sup>

Der Ifo-Geschäftsklimaindex basiert auf circa 7.000 monatlichen Meldungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels. Es gehen die Antworten zu zwei Fragen ein. Die Unternehmen werden gebeten, die aktuelle Geschäftslage sowie die Erwartung hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten mitzuteilen. Sie können ihre Lage mit "gut", "befriedigend" oder "schlecht" und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate als "günstiger", "gleich bleibend" oder "ungünstiger" kennzeichnen.<sup>133</sup> Die Interpretation, was unter Geschäftslage und Geschäftsentwicklung zu verstehen ist, wird dabei bewusst den Befragungsteilnehmern überlassen. Eine Sonderumfrage im Frühjahr 2009 ermittelte, dass für die Unternehmen bei der Beurteilung die Determinanten Ertragslage und Umsatz wesentlich sind und dass der monatliche ifo Konjunkturtest überwiegend von Personen, die an der Spitze der Unternehmen angesiedelt sind, beantwortet wird. Dadurch signalisierte der Ifo-Geschäftsklimaindex die weitaus überwiegende Zahl der konjunkturu-

---

<sup>132</sup> Vgl. Letzgus (2008), S. 150.

<sup>133</sup> Vgl. Ifo-Institut (2010 - a), Teilüberschrift: Erläuterung (siehe Internetverzeichnis).

rellen Wendepunkte seit 1970 frühzeitig.<sup>134</sup> Am Beispiel des Ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft wird im Folgenden der Verlauf der Finanzkrise analysiert:

Tabelle 1: Das Ifo-Geschäftsklima Deutschlands für die gewerbliche Wirtschaft (06.2008 – 07.2010)\*

	06/08	07/08	08/08	09/08	10/08	11/08	12/08	01/09	02/09	03/09	04/09	05/09	06/09	07/09
Klima <sup>a)</sup>	1,3	-5,9	-11,4	-15,4	-20,6	-29,2	-35,7	-34,5	-35,0	-36,1	-33,3	-32,0	-28,6	-25,5
Lage <sup>b)</sup>	11,9	7,1	2,3	-4,8	-4,5	-14,1	-26,0	-29,5	-34,1	-37,7	-36,5	-38,2	<b>-38,5</b>	-34,2
Erwartungen <sup>c)</sup>	-8,8	-18,1	-24,2	-25,4	-35,4	-43,0	<b>-44,8</b>	-39,2	-35,8	-34,5	-30,0	-25,7	-18,1	-16,2
Quelle: Ifo Konjunkturtest	08/09	09/09	10/09	11/09	12/09	01/10	02/10	03/10	04/10	05/10	06/10	07/10		
* Die Salden sind saisonbereinigt	-19,2	-17,9	-16,5	-12,8	-11,4	-8,8	-10,0	-4,2	2,6	2,4	2,8	11,7		
	-30,6	-29,0	-28,3	-24,8	-22,4	-20,7	-23,4	-14,3	-5,1	-4,9	-1,6	9,8		
	-7,1	-6,0	-3,9	0,0	0,3	3,9	4,3	6,5	10,6	9,8	7,4	13,7		

a) Das Geschäftsklima ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage und der Erwartungen.

b) Der Saldowert ist die Differenz der Prozentanteile der Antworten "gut" und "schlecht".

c) Der Saldowert ist die Differenz der Prozentanteile der Antworten "günstiger" und "ungünstiger".

Ende des zweiten Quartals 2008 waren die ersten Auswirkungen der Finanzkrise in Deutschland zu spüren. Obwohl mehr Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe ihre aktuelle Geschäftslage mit "gut" anstatt mit "schlecht" bewerteten, zeichnete sich der konjunkturelle Abwärtstrend bereits ab. Der Saldowert der Geschäftserwartungen im Juni 2008 lag bei minus 8,8 und verschlechterte sich kontinuierlich. Er fand seinen Tiefpunkt im Dezember 2008 bei knapp minus 45. Somit war zum Jahreswechsel die Zahl der verarbeitenden Unternehmen, die eine Verschlechterung ihrer Situation in den nächsten 6 Monaten erwarteten, am höchsten. Der Saldo für die aktuelle Geschäftslage verschlechterte sich innerhalb von zwei Monaten um fast das Fünffache und lag im Dezember bei minus 26. Um diese wirtschaftliche Abwärtsspirale aufzuhalten, verabschiedete die Bundesregierung im November 2008 ein Maßnahmenpaket zur Förderung von Investitionen und Aufträgen und im Januar 2009 das Konjunkturpaket II mit dem Schwerpunkt Beschäftigung und Stabilität. Von da an verbesserte sich der Saldowert der Geschäftserwartungen kontinuierlich und kam Ende 2009 erstmals wieder in den positiven Bereich. Genau 6 Monate nach dem Tiefpunkt der Geschäftserwartungen erreicht der Saldowert für die Geschäftslage im Juni 2009 mit minus 38,5 seine „Talsohle“. Der Ifo-Geschäftsklimaindex hat also auch diesen konjunkturellen Wendepunkt korrekt prognostiziert. Mitte 2009 fingen die Konjunkturpakete an ihre Wirkungen zu entfalten und die Unternehmen bewerteten ihre Geschäftslage von Monat zu Monat besser. So war der Saldo im Juli 2010 nach 23 Monaten erstmals wieder positiv.

Die Bundesregierung verabschiedete die Konjunkturpakete, als die Geschäftserwartungen der Unternehmen ihren Tiefstand erreicht hatten. Hierdurch entstand ein positiver psycho-

<sup>134</sup> Vgl. Ifo-Institut (2010 - b), 1. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

logischer Effekt für die Wirtschaft und die Unternehmen schätzen ihre Geschäftsentwicklung für die nächsten 6 Monate wieder optimistischer ein. Es konnte also eine Trendwende eingeleitet werden, bevor die beschlossenen Maßnahmen überhaupt die ersten Wirkungen erzielten. Betrachtet man die Entwicklung der Geschäftslage der Unternehmen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche separat, wird die erzielte Wirkung der Konjunkturmaßnahmen auf die Wirtschaft noch deutlicher:

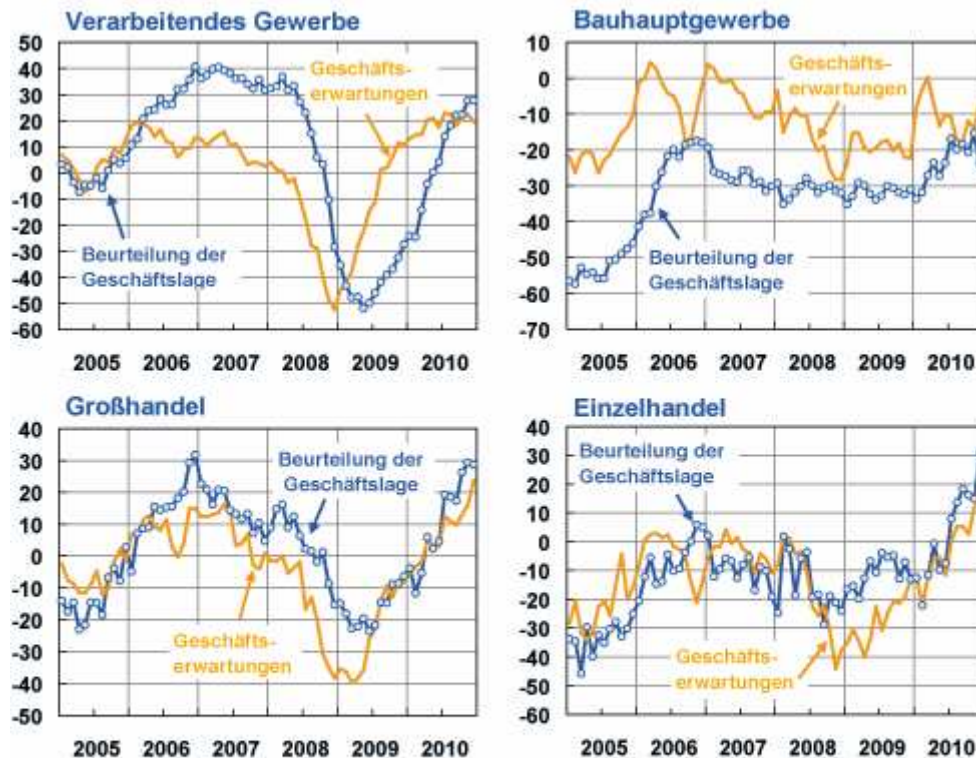


Abbildung 1: Geschäftslage und -erwartungen nach Wirtschaftsbereichen  
(Die Salden sind saisonbereinigt)

Quelle: ifo Konjunkturtest (Dezember 2010)

Die Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe waren durch die Finanzkrise am stärksten betroffen. Die ersten Auswirkungen der Finanzkrise Mitte 2008 ließen die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage sowie der Geschäftserwartungen synchron einbrechen. Die stabilisierende Wirkung der Konjunkturpakete ist hier deutlich zu erkennen. Direkt nachdem sie verabschiedet wurden, begann die Erholung. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen verbesserten sich. Die Gegenbewegung fand mit derselben Intensität statt, wie zuvor beim Abschwung. Als die ersten Maßnahmen Mitte 2009 zu wirken begannen, setzte die Gegenbewegung auch bei der Beurteilung der Geschäftslage ein. Monatlich verbesserten sich die Einschätzungen der Unternehmen. Nicht einmal eineinhalb Jahren nachdem die Finanzkrise das verarbeitende Gewerbe in eine Rezession stürz-

te, bewerteten im April 2010 wieder mehr Unternehmen ihre Geschäftslage mit "gut" anstatt mit "schlecht". Das selbe Phänomen ist im Groß- und Einzelhandel zu erkennen. Auch hier brachen die Geschäftserwartungen in Folge der Finanzkrise ein und erreichten zum Jahreswechsel 2008/2009 ihren Tiefpunkt. Die Beurteilung der Geschäftslage machte diese Bewegung nur abgeschwächt mit. Durch die Konjunkturpakete gestützt, blieb sie über dem Niveau der Geschäftserwartungen. Die Intensität der Finanzkrise wurde also abgeschwächt. Anfang 2010 war im Groß- und Einzelhandel das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Anders hat sich das Bauhauptgewerbe verhalten. Dieses befindet sich seit längerem in seiner eigenen Krise. Ihre Geschäftslage beurteilen die Unternehmen bereits seit Jahren mit schlecht. Die Geschäftserwartungen schwanken um einen Saldo von minus 20. Seit Anfang 2010 die ersten Projekte im Rahmen des Investitionsprogramms des Bundes umgesetzt wurden, ist im Bauhauptgewerbe seit fast 4 Jahren erstmals wieder ein leichter Aufwärtstrend erkennbar. Die Geschäftserwartungen erreichten kurzzeitig sogar einen positiven Saldo.

Anhand des Ifo-Geschäftsklimaindex wird der Stabilisierungserfolg der Konjunkturpakete für die deutsche Wirtschaft deutlich. In allen 4 Branchen haben sich die Geschäftserwartungen nach Bekanntgabe der Maßnahmen verbessert. Nachdem die ersten Maßnahmen umgesetzt wurden, setzte auch bei den Beurteilungen der Geschäftslage eine Trendwende ein.

## **5.2 Bruttoinlandsprodukt**

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Indikator zur Bestimmung der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft, indem es den Wert aller im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen in einem bestimmten Zeitraum misst. Durch die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP kann das Wachstum einer Volkswirtschaft gemessen werden. Es gehört zu der Gruppe der Präsenzindikatoren. Dabei handelt es sich um Größen, die in ihrer Entwicklung dem Konjunkturverlauf ohne zeitliche Verzögerung folgen. Anders als mit dem Ifo-Geschäftsklimaindex ist mit dem BIP also keine Konjunkturprognose, sondern nur eine Konjunkturanalyse möglich.<sup>135</sup>

Das Bruttoinlandsprodukt kann nach drei verschiedenen Verfahren berechnet werden. In Deutschland wird durch das Statistische Bundesamt (StBA) die Entstehungs- und die Verwendungsrechnung angewendet. Berechnet wird es für den Zeitraum von 3 Monaten und für ein Jahr. Die ersten Jahresergebnisse werden in Deutschland bereits Mitte Januar

---

<sup>135</sup> Vgl. Festel (2001) S. 385.

des Folgejahres veröffentlicht. Jedoch ist die Datengrundlage zu diesem Zeitpunkt häufig noch unvollständig, sodass die vorläufigen Ergebnisse mehrmals überarbeitet werden. Die endgültigen Ergebnisse werden nach rund vier Jahren veröffentlicht.<sup>136</sup> Vergleicht man das deutsche Bruttoinlandsprodukt der letzten 40 Jahre, wird das Ausmaß der aktuellen Finanzkrise deutlich:

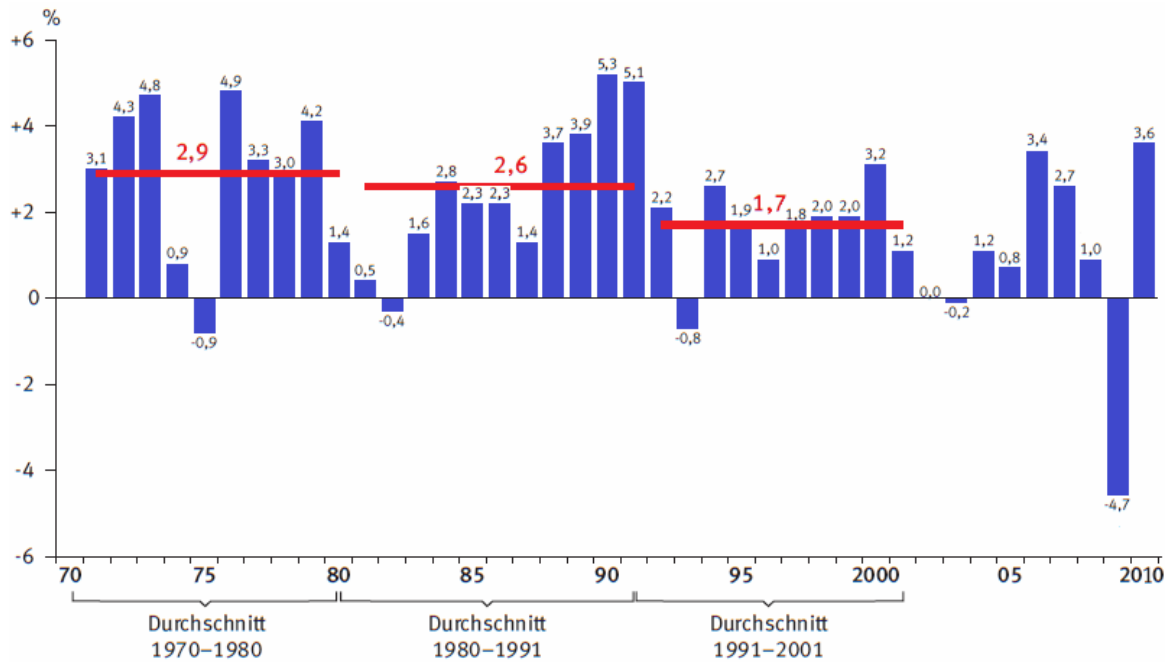


Abbildung 2: Wirtschaftswachstum in Deutschland  
(Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %)

Quelle: Statistisches Bundesamt; Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 12.01.2011 in Wiesbaden

Das Mitte Januar 2011 durch das Statistische Bundesamt veröffentlichte Bruttoinlandsprodukt für 2009 liegt bei minus 4,7 Prozent. Damit ist die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland im Krisenjahr 2009 so stark zurückgegangen, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Rezession fällt alleine in diesem Jahr fünfmal so stark aus wie beim bisher größten Einbruch der deutschen Wirtschaft 1975 nach der Ölkrise. Damals hatte die Rezession ein Ausmaß von minus 0,9 Prozent. Für diesen historischen Konjunkturunbruch gibt es zwei wesentliche Ursachen. Zum einen sorgte die globale Verunsicherung während der Finanzkrise für einen Rückgang der Exporte um 14,7 Prozent und zum anderen gaben die Unternehmen 20 Prozent weniger für Maschinen, Fahrzeuge und andere Investitionsgüter aus, als noch im Jahr 2008.<sup>137</sup> Betrachtet man die Entwicklung der Quartalszahlen des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, werden der Verlauf der Finanzkrise und die erzielten Wirkungen der Konjunkturpakete deutlich:

<sup>136</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland (2010), 1. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

<sup>137</sup> Vgl. Heß (2010), S. 18.

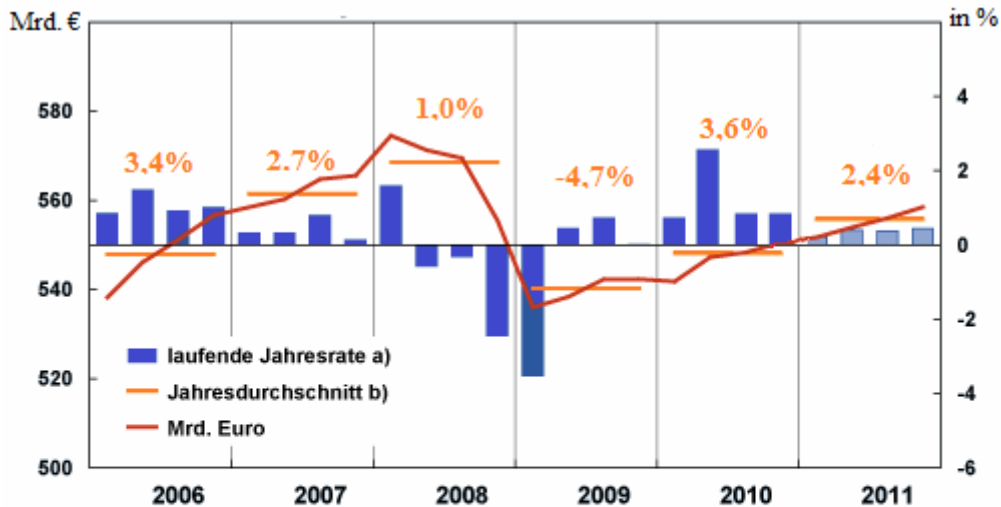


Abbildung 3: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
(Saison- und kalenderbereinigter Verlauf)

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des Ifo-Instituts (Januar 2011)

a) Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in Prozent

b) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr

Bereits seit dem 2. Quartal 2008 war die Wirtschaftsleistung in Deutschland rückläufig. Zum Jahresende 2008 waren die Auswirkungen der Finanzkrise dann deutlich zu spüren und der Abwärtstrend setzte sich fort. Zu Beginn des Jahres 2009 war der Tiefpunkt der Rezession erreicht. Mit der Verabschiedung der Konjunkturpakete begann sich die Wirtschaft langsam wieder zu erholen. Nach Schätzungen des Ifo-Instituts wird Deutschland frühestens 2012 wieder eine Wirtschaftsleistung von knapp 580 Milliarden Euro erreichen. Dies ist das Vorkrisenniveau aus dem 1. Quartal 2008.

### **5.3 Arbeitslosenquote**

Die Arbeitslosenquote ist die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots. Sie ist für den Staat und die Wirtschaft gleichermaßen interessant. Ändern sich die Arbeitslosenzahlen über die saisonalen Schwankungen hinaus, kann das ein Zeichen für eine konjunkturelle Schwächephase sein. Unternehmen reagieren auf Nachfragerückgänge in der beginnenden Rezession häufig mit Entlassungen. Eine sinkende Arbeitslosenquote könnte dagegen ein Hinweis auf eine zunehmende Auslastung der Wirtschaft zu Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs sein.<sup>138</sup> Arbeitslosigkeit hat gesamtfiskalische Kosten für den Staat. Diese entstehen einerseits durch zusätzliche Ausgaben für die Arbeitslosenun-

<sup>138</sup> Vgl. Werner (2008) S. 71.

terstützung und andererseits durch Einnahmeausfälle bei direkten und indirekten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.<sup>139</sup>

Bei der Ermittlung werden die registrierten Arbeitslosen in Beziehung zu den Erwerbspersonen gesetzt. Es muss also zunächst geklärt werden, wer als arbeitslos und wer als Erwerbsperson erfasst wird. In der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit taucht als arbeitslose Person nur auf, wer sich beim Arbeitsamt gemeldet hat und daraufhin registriert wurde, im Alter von 15 bis 65 Jahren ist und eine Arbeit von mindestens 15 Wochenstunden für mindestens drei Monate sucht. Menschen, die in Weiterbildungsmaßnahmen stecken, Überbrückungsgeld beziehen oder einen „Ein-Euro-Job“ haben, tauchen in der Arbeitslosenstatistik also nicht auf.<sup>140</sup> Für die Abgrenzung der Erwerbspersonen gibt es zwei unterschiedliche Ansätze. Die längere Tradition hat die Ermittlung der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Das ist die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, geringfügig Beschäftigten, Personen in Arbeitsgelegenheiten, Beamte (ohne Soldaten) und Grenzpendler.<sup>141</sup>

Ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit ist normal. Durch Arbeitsplatzsuche und Arbeitsplatzwechsel kommt es zu kurzfristiger Arbeitslosigkeit. Die Such- und Wechselarbeitslosigkeit gehört zum Anpassungssystem einer Marktwirtschaft.

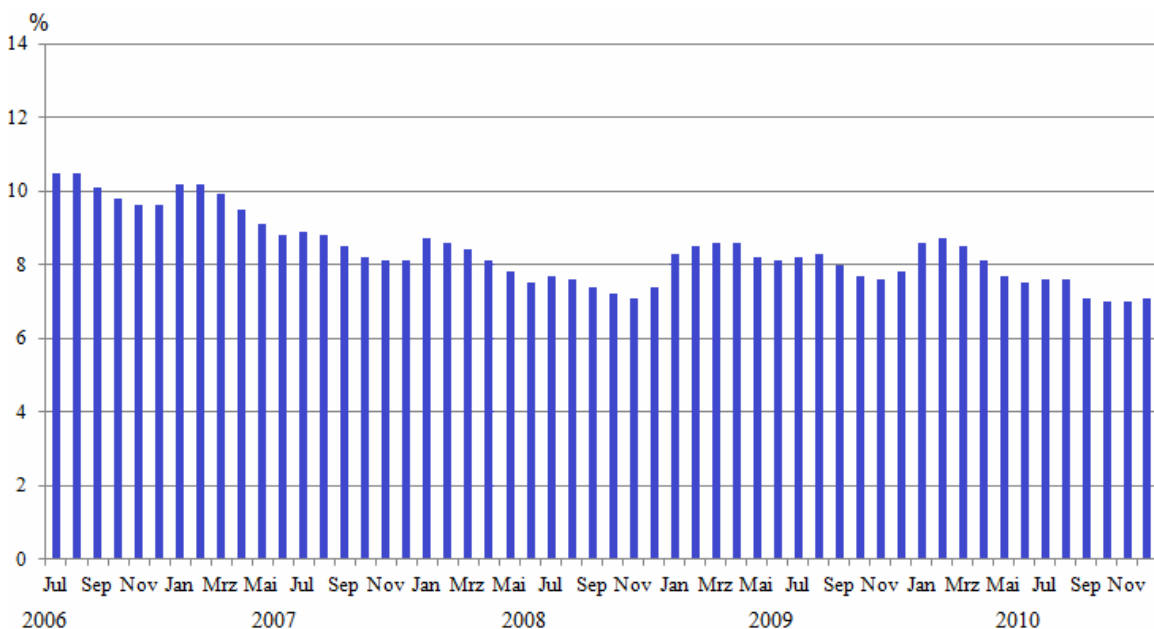


Abbildung 4: Arbeitslosenquote in Deutschland  
(Bezogen auf alle zivilen Personen)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Dezember 2010)

<sup>139</sup> Vgl. Christen (2001) S. 131.

<sup>140</sup> Vgl. Wildmann (2007) S. 23.

<sup>141</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2010) 1. Absatz (siehe Internetverzeichnis).

Infolge der natürlichen Arbeitslosigkeit wird eine Arbeitslosenquote von bis zu 3 Prozent daher als Vollbeschäftigung interpretiert.<sup>142</sup> Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland während der letzten 4,5 Jahre, wird der Stabilisierungserfolg der Konjunkturpakete für den Arbeitsmarkt deutlich:

Obwohl sich Deutschland durch die Auswirkungen der Finanzkrise in einer schweren Rezession befand, ist lediglich eine saisonale Schwankung erkennbar. Die Arbeitslosenquote befindet sich seit 3 Jahren konstant auf einem Niveau um die 8 Prozent. Insbesondere durch die Kurzarbeiterregelung konnte in dieser Rezession ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Allein im ersten Halbjahr 2009 ist die Inanspruchnahme von konjunktureller Kurzarbeit um 969.000 Personen angestiegen. Im Juni 2009 befanden sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit insgesamt 1.416.000 Arbeitnehmer auf Grund der Finanzkrise in Kurzarbeit.<sup>143</sup>

## **6 Fazit**

Die in den USA entstandene Finanzkrise hat erhebliche Auswirkungen auf die globale Wirtschaft. Das macht sich in der deutschen Volkswirtschaft durch ihre hohe Exportquote und ihre ausgeprägte industrielle Struktur besonders bemerkbar. Deutschland befand sich deshalb in der tiefsten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Bundesregierung hat hierauf mit der Verabschiedung von zwei Maßnahmenpaketen reagiert. Diese sollten durch antizyklische Impulse die konjunkturelle Stabilität wiederherstellen. Jedoch haben die in den Paketen enthaltenen konjunkturpolitischen Maßnahmen für Diskussionen in den Medien, der Politik und der Bevölkerung gesorgt. Es gab öffentliche Kritik an der Ausgestaltung der Konjunkturpakete. Kritiker prognostizierten eine unzureichende positive Wirkung auf die deutsche Wirtschaft. Es bleibt festzustellen, dass es der Bundesregierung nicht ausreichend gelungen ist, ihre konjunkturpolitische Konzeption zur Stabilisierung der Wirtschaft in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mehr Initiative beim Informationsaustausch mit der Bevölkerung hätte eine höhere Akzeptanz der Konjunkturpakete nach sich ziehen können, denn der Bundesregierung ist im Gesamten ein ausgewogenes Hilfspaket gelungen. Steuerentlastungen, staatliche Investitionen, Unterstützungen für Unternehmen und Konsumgutscheine festigten die deutsche Wirtschaft während der Finanzkrise in der Breite. Kurz vor dem Höhepunkt der Rezession beschlossen, konnten die Kon-

---

<sup>142</sup> Vgl. Wildmann (2007) S. 23.

<sup>143</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2009) S. 5.



konjunkturpakete einen positiven psychologischen Effekt erzeugen und dadurch den konjunkturellen Wendepunkt einleiten. Die Wirtschaftssubjekte lösten sich aus ihrer Schockstarre. Sie konsumierten und investierten wieder, anstatt zu sparen. Nachdem die Unternehmen ihre Geschäftserwartungen bereits Mitte 2009 wieder nach oben korrigierten, setzte zum Ende des Jahres eine spürbare Verbesserung der Wirtschaftssituation ein. Im Besonderen ist hervorzuheben, dass es mit Maßnahmen wie der Kurzarbeiterregelung gelungen ist, den für eine Rezession charakteristischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verhindern. Als Kritikpunkt sind die möglichen Wettbewerbsverzerrungen durch die sektorspezifischen Hilfen und durch ein verspätet umgesetztes Investitionsprogramm zu nennen.

Somit bleibt abschließend festzuhalten, dass die Bundesregierung mit der Verabschiedung der beiden Konjunkturpakete eine Stabilisierung der deutschen Wirtschaft erreichen konnte. Deshalb bestand die deutsche Konjunkturpolitik in der Finanzkrise aus angemessenen Maßnahmen zur Wirtschaftsstabilisierung.

Die durch die Finanzkrise ausgelöste schwere Rezession in Deutschland scheint überstanden zu sein. Doch rückt ein neues Problem in den Vordergrund: Der Bundestag hat im Zuge der Finanzkrise für das Jahr 2010 mit 80,2 Milliarden Euro die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung ihr Ziel der Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren erreichen wird. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die deutsche Staatsverschuldung einen kritischen Wert erreicht.

## Literaturverzeichnis

- Afhüppe S./Stratmann K. (2009): Staatshilfe kommt nur tröpfelnd an!, in: Handelsblatt, 09.04.2009, Nr. 070
- Agence France Presse GmbH (2009): Wein: Rosé bleibt Rosé, in: Berliner Morgenpost, 09.06.2009, Nr.154
- Associated Press (2008): Finanzkrise: Regierungen jetzt gefordert, in: Nürnberger Zeitung, 19.03.2008
- Beck, B. (2008): Volkswirtschaft verstehen, 5., stark überarbeitete und aktualisierte Auflage, Hochschulverlag AG, Zürich
- Becker, W. (2009): Das Vergaberecht ist ein schlechter Hebel zur Krisenbewältigung, in: Börsen-Zeitung, 11.02.2009, Nummer 28
- Bofinger, P./Mayer, E. (2009): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre: Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten, Pearson Studium, München
- Brandstetter, B. (2009 - a): Konjunkturpaket kommt Geldbeutel an, in: DIE WELT, 25.03.2009, Nr. 71
- Brandstetter, B. (2009 - b): Für Selbstständige gelten neue Regeln bei Abschreibungen, in: DIE WELT, 17.02.2009, Nr. 40
- Brandstetter, B. (2009 - c): Kfz-Steuer für große Autos mit hohem Schadstoffausstoß wird ab 1. Juli teurer, in: DIE WELT, 07.03.2009, Nr. 56
- Bundesagentur für Arbeit (2009): Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, Stand Oktober 2009
- Christen, T. (2001): Arbeitsförderungsrecht und Arbeitsmarktökonomik, Josef Eul Verlag GmbH, Köln
- Creutzburg, D. (2009 - a): Fast 300 000 neue Anträge auf Kurzarbeit, in: Handelsblatt, 25.02.2009, Nr. 25
- Creutzburg, D. (2009 - b): Kurzarbeit beruhigt die Wahlkämpfer, in: Handelsblatt, 07.05.2009, Nr. 87
- Croll, H./Schiltz, C. (2008): Berlin im Zentrum Europas, in: DIE WELT, 13.12.2008, Nr. 293
- Dalan, M. (2009): Nachfrageschub durch Abwrackprämie hält noch an, in: DIE WELT, 05.08.2009, Nr. 180
- Dams, J. (2008): Alle haben Reparaturbedarf, in: DIE WELT, 24.12.2008, Nr. 302
- Daub, P. (2009): KfW Förderbank – Fördermittel erleichtern die Investitionen in den Klimaschutz, 25.03.2009
- Erdmann, G. (2006): Studienliteratur – Betriebswirtschaft/Volkswirtschaft, 4. Auflage, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe
- Franke, K./Lähn, M. (2009): Lehren aus der Finanzkrise, in: Schirmacher, A. (2009): Wege aus der Krise, 1. Auflage, Gabler Verlag, Wiesbaden
- Klima- und Umweltschutz, in: MM (MaschinenMarkt) – Das IndustrieMagazin, 14/2009
- Deutsche Presse-Agentur GmbH (2009): Bundesrat verlängert Abwrackprämie, in: Stuttgarter Zeitung, 13.06.2009
- Deutscher Depeschen Dienst (2009): Milliarden schweres Entlastungspaket für Firmen, in: DIE WELT, 27.05.2009, Nr. 121
- Dierig, C. (2009): ZIM vom Wirtschaftsministerium, in: DIE WELT, 30.04.2009, Nr. 100
- Doelling, R. (2004): Die 'stylized FACTS' der Fiskalpolitik in offenen Volkswirtschaften, 1. Auflage, GRIN Verlag, Norderstedt

- Dowideit, M. (2009): Deutschland im Tal der Rezession, in: Stuttgarter Zeitung, 16.05.2009
- Elflein C. u.a. (2009): Pumpen gegen die Krise, in: Focus, 19.01.2009, Ausgabe: 04
- Festel G. (2001): Volkswirtschaftslehre für Chemiker, Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg
- Gewalt, P./Pröbstl, G. (2008): Die große Geldschwemme Milliarden schwerer Kraftakt, in: Euro am Sonntag, 16.11.2008, Nr. 46
- Greive, M. (2009): Aussichten werden besser, aber nicht bei uns, in: DIE WELT, 25.06.2009, Nr. 145
- Haak, R. (2005): Management in Japan: Herausforderung und Erfolgsfaktoren für deutsche Unternehmen in einer dynamischen Umwelt, 1. Auflage, Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden
- Handschuch, K. u.a. (2009): Gute Schulden, schlechte Schulden, in: WirtschaftsWoche, 12.01.2009, NR. 003
- Hartmann, G. (2009): Vor allem Kinder werden profitieren, in: Welt am Sonntag, 08.02.2009
- Hartmann, G./Seidel, H. (2009): Städte ohne Kaufhäuser, in: Welt am Sonntag, 26.04.2009, Nr. 17
- Heß, D. (2010): Wirtschaft stürzt um fünf Prozent ab, in: Handelsblatt, 14.01.2010, Nr. 009
- Hohmann, E. (2009): Aufgestocktes ZIM läuft gut an, in: IHK-Magazin – Wirtschaftsnachrichten der IHK Mittlerer Niederrhein Nr. 06 vom 15.06.2009
- Höll, G. (2009): Es fehlen Gebrauchtwagen, in: Nürnberger Zeitung, 13.08.2009
- Kaiser T. (2010): Konjunkturprogramme verpuffen, in: Welt kompakt, 02.03.2010, Nr. 42
- Klingelschmitt, K. (2009): Zu viel Schrott, in: die Tageszeitung (taz), 09.04.2009
- Kögler, D. (2006): Fiskalpolitik und Preisstabilität, 1. Auflage, GRIN Verlag, Nordstedt
- Krause, M. (2008): Maßnahmenpaket – Förderbedingungen stehen fest, in: Die SparkassenZeitung, 12.12.2008, Nr. 50
- Krauß, B. (2009): Geld für Schulen, Straßen, Autos und Kinder, in: Stuttgarter Zeitung, 14.01.2009
- Kürschner, J. (2008): Tiefensees Gabentisch, in: VerkehrsRundschau, Heft 50/2008
- Leibinger, H. (1985): Fiskalpolitik unter veränderten Rahmenbedingungen, Duncker und Humblot, Berlin
- Letzgus, O. (2008): Financial Planning 2, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft, Stuttgart
- Maaß, S./Kopp, M. (2009): Abwrackprämie lockt die Kunden an, in: DIE WELT, 20.01.2009, Nr. 16
- Minsch, R. (2009): Nachhaltige Maßnahmen statt Strohfeuer für Konjunkturbelebung, in: Neue Zürcher Zeitung, 10.03.2009, Nr. 57
- Müller, A. (2009): Deutschland: Die Konjunkturpakete im Keynes-Check, in: Handelsblatt, 20.04.09, Nr. 075
- Müller, R./Röck, W. (1993): Konjunktur-, Stabilisierungs- und Wachstumspolitik, Vierte verbesserte und erweiterte Auflage, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart u.a.
- Neumann, P./Siems, D. (2009): Aus dem Füllhorn der Politik, in: DIE WELT, 12.01.2009, Nr. 9
- Ott, H. (2009): Steuerliche Mittelstandförderung, in: Fachbeiträge aus GmbH-Steuerpraxis, Heft 4/2009

- Pfister, R./Sauga, M. (2008): Jetzt die Steuern senken, in: Der Spiegel, 24.11.2008, Nr. 48
- Pool, D. (2009): Ausland kompakt, in: Welt kompakt, 14.01.2009, Nr. 9
- Riecke, T. (2008): Die Suche nach dem Ausweg, in: Handelsblatt, 30.12.08, Nr. 251
- Rose, S. (2009): Staatsverschuldung – Explosive Zukunft, in: Focus-Money, 08.07.2009, Ausgabe 29
- Scholz, O. (2010): Scholz zum Konjunkturpaket: "Das dauert hier zu lange", in: Hamburger Abendblatt, 05.05.2010, Nr. 103
- Ségol, B. (2009): Flächendeckendes und leistungsfähiges Internet, in: Handelsblatt, 15.04.2009, Nr. 072
- Sieg, G. (2000): Konjunkturpolitik in der Demokratie, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
- Siems, D. u.a. (2008): "Das ist rausgeschmissenes Geld", in: DIE WELT, 05.11.2008, Nr. 260
- Simon, M. (2009): Konjunkturpakete – Mit vollen Taschen, in: Focus-Money, 08.04.2009, Ausgabe 16
- Stratmann, K. (2009 - a): Regierung will bei Regulierung Zügel lockern, in: Handelsblatt, 18.02.2009, Nr.034
- Stratmann, K. (2009 – b): Bund drohen Verluste aus Exportversicherungen, in: Handelsblatt, 19.06.2009, Nr.115
- Von Blankart, C. (2010): Explodierende Staatsschulden, drohende Staatsbankrotte: Was kommt auf uns zu?, in: ifo-Schnelldienst, Heft 4/2010, 63. Jahrgang, München
- Von Borstel, S. (2008): Wirtschaftskrise: Mit vielen Milliarden sollen Wachstum und Beschäftigung gesichert werden – Wirksamkeit ist umstritten, in: DIE WELT, 05.12.2008, Nr. 286
- Wagner, H. (2008): Stabilitätspolitik, 8., überarbeitete und erweiterte Auflage, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
- Wefers, A. (2009): Merkel verteidigt hohe Neuverschuldung, in: Börsen-Zeitung, 15.01.2009, Nr. 9
- Werner, H. (2008): Klausurentraining - Allgemeine BWL/VWL für Fachwirte, 2., überarbeitete Auflage, Gabler Verlag, Wiesbaden
- Wildmann, L. (2007): Wirtschaftspolitik, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
- Wittmann, J. (2009): Milliarden gegen die Krise, in: Thüringer Allgemeine, 03.02.09
- Zeise, L. (2009): Ende der Party, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, PapyRosa Verlags GmbH & Co. KG, Köln

## **Internetverzeichnis**

- Bundesagentur für Arbeit (2010): Berechnung von Arbeitslosenquoten und Bezugsgrößen, abgerufen am 23.07.2010  
<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/grundlagen/berrechnung-aloquote/index.shtml>
- Bundesministerium der Finanzen (2009): Die Wirtschafts- und Finanzkrise – Konjunktur- und strukturpolitische Antworten ausgewählter Volkswirtschaften, abgerufen am 11.07.2010  
[http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_84204/DE/BMF\\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\\_des\\_BMF/2009/08/analysen-und-berichte/b06-finanzkrise-antworten/finanzkrise-antworten.html#8](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_84204/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2009/08/analysen-und-berichte/b06-finanzkrise-antworten/finanzkrise-antworten.html#8)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Wirtschaftspolitische Ziele, abgerufen am 05.07.2010  
[http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=EMOY6A](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=EMOY6A)
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010): CO2-Gebäudesanierung - Energieeffizient Bauen und Sanieren: Die Fakten, abgerufen am 10.07.2010  
<http://www.bmvbs.de/artikel-,302.982592/CO2-Gebaeudesanierung-Energiee.htm>
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 – a): Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung: das erste Konjunkturpaket im Überblick, abgerufen am 04.07.2010  
<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2.html>
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 – b): Ausbau des Sonderprogramms für ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WeGebAU), abgerufen am 11.06.2010  
<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2,did=279068.html>
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 – c): Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsoffensive, abgerufen am 11.06.2010  
<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2,did=285864.html>
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 – d): Degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens i. H. v. 25 %, abgerufen am 12.06.2010  
<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2,did=278890.html>
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009 – e): Kommunales Investitionsprogramm; Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand, abgerufen am 12.06.2010  
<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2,did=285854.html>
- Deutscher Bundestag (2010): Höchste Neuverschuldung, abgerufen am 13.07.2010  
[http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/28966884\\_kw11\\_sp\\_hh\\_finanzen/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/28966884_kw11_sp_hh_finanzen/index.html)
- Die Bundesregierung (2008): Der Aufschwung kann nicht warten, abgerufen am 05.07.2010

- [http://www.bundesregierung.de/nm\\_774/Content/DE/Archiv16/Namensbeitrag/2008/11/2008-11-26-merkel-sarkozy.faz.html](http://www.bundesregierung.de/nm_774/Content/DE/Archiv16/Namensbeitrag/2008/11/2008-11-26-merkel-sarkozy.faz.html)
- Die Bundesregierung (2009): De Maizière und Gatzert: Konjunktur und Arbeitsmarkt werden durch Investitionsprogramme wirksam gestützt - Beschlossene Maßnahmen bringen Deutschland voran, abgerufen am 05.07.2010  
[http://www.konjunkturpaket.de/nm\\_774370/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/09/2009-09-21-chefbk-konjunktur-arbeitsmarkt.html](http://www.konjunkturpaket.de/nm_774370/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/09/2009-09-21-chefbk-konjunktur-arbeitsmarkt.html)
  - Dubsy, D. (2009): Kabelnetzbetreiber fürchten Wettbewerbsverzerrung durch Konjunkturpaket, abgerufen am 11.07.2010  
[http://www.pc-professionell.de/news/2009/01/26/kabelnetzbetreiber\\_fuerchten\\_wettbewerbsverzerrung\\_durch\\_konjunkturpaket](http://www.pc-professionell.de/news/2009/01/26/kabelnetzbetreiber_fuerchten_wettbewerbsverzerrung_durch_konjunkturpaket)
  - Existenzgründungsportal des BMWi (2009): Jahreswirtschaftsbericht 2009 "Konjunkturgerechte Wachstumspolitik", abgerufen am 05.07.2010  
<http://www.existenzgruender.de/publikationen/studien/05586/index.php>
  - Hans-Böckler-Stiftung (2009): Deutsche Konjunkturpolitik 1967-2007, abgerufen am 05.07.2010  
[http://www.boeckler.de/show\\_project\\_fofoe.html?projectfile=S-2009-208-1.xml](http://www.boeckler.de/show_project_fofoe.html?projectfile=S-2009-208-1.xml)
  - Ifo-Institut (2010 - a): ifo Geschäftsklima Deutschland, abgerufen am 23.07.2010  
<http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-winfo/d1index/10indexgsk>
  - Ifo-Institut (2010 - b): Erläuterungen und Publikationen zum ifo Geschäftsklimaindex, abgerufen am 23.07.2010  
[http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-winfo/d1index/10indexgsk/indexgsk?item\\_link=gsk-publ.htm](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-winfo/d1index/10indexgsk/indexgsk?item_link=gsk-publ.htm)
  - Künast, R./Trittin J. (2010): CO2-Gebäudesanierungsprogramm fortführen, abgerufen am 11.07.2010  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/023/1702395.pdf>
  - Krönig (2008): Madame No ist nicht mehr erwünscht, abgerufen am 11.07.2010  
<http://www.zeit.de/online/2008/50/merkel-brown-sarkozy-treffen-london?page=1>
  - Manager Magazin (2008): Ackermann rudert zurück, abgerufen am 10.07.2010  
<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,542539,00.html>
  - Schulz, B. (2009): Britische Regierung bastelt an Konjunkturprogramm, abgerufen am 10.07.2010  
<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~ED90BDC9A37D14A6DB52139D0EDCC25C4~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
  - Spiegel Online (2008): Kongress verabschiedet Bushs 150-Milliarden-Paket, abgerufen am 10.07.2010  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,530853,00.html>
  - Statistisches Bundesamt Deutschland (2010): Bruttoinlandsprodukt (BIP), abgerufen am 23.07.2010  
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/BIP,templateId=renderPrint.psml>